

Schriften zum Europäischen Recht

Band 87

**Die sogenannten
grundrechtlichen Schutzpflichten
im deutschen und europäischen Recht**

**Inhalt und Reichweite einer
„gemeineuropäischen Grundrechtsfunktion“**

Von

Peter Szczekalla



Duncker & Humblot · Berlin

PETER SZCZEKALLA

Die sogenannten grundrechtlichen Schutzpflichten
im deutschen und europäischen Recht

Schriften zum Europäischen Recht

Herausgegeben von

Siegfried Magiera und Detlef Merten

Band 87

Die sogenannten
grundrechtlichen Schutzpflichten
im deutschen und europäischen Recht

Inhalt und Reichweite einer
„gemeineuropäischen Grundrechtsfunktion“

Von
Peter Szczekalla



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Szczekalla, Peter:

Die sogenannten grundrechtlichen Schutzpflichten im deutschen und europäischen Recht : Inhalt und Reichweite einer „gemeineuropäischen Grundrechtsfunktion“ / von Peter Szczekalla. – Berlin : Duncker und Humblot, 2002

(Schriften zum europäischen Recht ; Bd. 87)

Zugl.: Osnabrück, Univ., Diss., 2000

ISBN 3-428-10299-1

Alle Rechte vorbehalten

© 2002 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0937-6305

ISBN 3-428-10299-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

*Für meine Mutter
Hedwig Szczekalla*

und

*zum Gedenken an meinen Vater
Günther Szczekalla
(1923–1998)*

Vorwort

Eine so umfangreiche Arbeit wie die vorliegende kann nicht entstehen, ohne dass der Verfasser vielen Menschen, die ihn während dieser – mitunter schwierigen – Zeit unterstützt haben, zu großem Dank verpflichtet ist. Von ihnen seien – stellvertretend – nur einige genannt:

Danken möchte ich zunächst und vor allem Herrn Prof. Dr. *Hans-Werner Rengeling*, der diese Arbeit betreut hat. Er hat mir schon in meiner Zeit als studentische Hilfskraft am *Institut für Europarecht der Universität Osnabrück* Gelegenheit gegeben, mich dem Europarecht, und insbesondere den europäischen Grundrechten, zu nähern. Durch Rechtsprechungs-, Literatur- und Grundrechtstextrecherchen für seinen „Grundrechtsschutz in der Europäischen Gemeinschaft“ (1993) habe ich Einblicke gewinnen können, die für die vorliegende Arbeit eine nahezu unentbehrliche Voraussetzung waren. Spätere Diskussionen, z.B. zur Einführung einer Verfassungsbeschwerde zum Europäischen Gerichtshof (s. Festschrift für Ulrich Everling, Bd. II, S. 1187–1212 [1995]), boten Anlass zur Vertiefung. Dabei hat er mir allen wissenschaftlichen Freiraum zukommen lassen und mich beim Gehen eigener Wege unterstützt.

Danken möchte ich ferner Herrn Prof. Dr. *Albrecht Weber*, der als Mitberichterstatter die Arbeit in nur kurzer Zeit gelesen und votiert hat, nachdem er mir schon bei der Entstehung manchen Hinweis gegeben, sich zuletzt immer wieder nach ihrem Abschluss erkundigt und so sicher auch seinen Teil zu ihrer endgültigen Fertigstellung beigetragen hat. Dafür, dass er sehr kurzfristig den Vorsitz in der mündlichen Prüfung übernommen hat, schulde ich auch Herrn Prof. Dr. *Theodor Baums* Dank. Damit liegen bei beiden Gründe vor, die auch nach neuerer Ansicht (s. *F.-C. Schroeder*, JZ 2000, 353; diff. *Sendler*, JZ 2000, 614) jedenfalls zur Erwähnung im Vorwort einer Dissertation berechtigen dürften.

Für aufschlussreiche Gespräche zu Einzelthemen danke ich darüber hinaus den Herren Prof. Dres. *Christoph Engel* und *Joachim Schulz*. Für viele Einzelgespräche und – immer aktuelle – Informationen direkt von der „Quelle“ bedanke ich mich des Weiteren bei Herrn MR Prof. *Reimer von Borries* LL.M. (BMW/BMF, Referat EC 1: Recht der EU). Für unzählige – mitunter überaus kontroverse – Diskussionen zu nahezu allen Fragen dieser Arbeit bin ich überdies meinem langjährigen Kollegen, Herrn Privatdozent Dr. *Martin Gellermann*, zutiefst verbunden. Gleiches gilt für meinen

Vorgänger auf der Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut, Herrn RiVG Dr. *Andreas Middeke*, dem ich die erste Erwähnung der Schutzpflicht als mögliches Dissertationsthema im europarechtlichen Zusammenhang verdanke. Was damit auf mich zukommen sollte, konnte ich damals allerdings noch nicht erahnen. In der – relativen – Endphase dieser Arbeit habe ich schließlich so manche Anregung und/oder Bestärkung aus Gesprächen mit Herrn Privatdozent RiLG Dr. *Christian Schröder* gezogen.

Als es zum Schluss schon fast danach aussah, als ob das Werk nie würde fertig werden, hat mir RA und Notar Prof. Dr. *Bernhard Stüer* zweimal, wenn auch das erste Mal erfolglos, in längeren und – in der ihm eigenen Art – überzeugenden Gesprächen seinen Abschluss nahegelegt. Dafür und für die angenehme Zusammenarbeit, die ich als Redaktionsassistent beim *Deutschen Verwaltungsblatt* unter seiner und Prof. *Rengelings* (Haupt-)Schriftleitung erfahren durfte und gegenwärtig noch erfahren darf, danke ich sehr.

Für die Bereitschaft, diese umfangreiche Arbeit trotz ihrer gerade deshalb schwierigen Kalkulation in sein Verlagsprogramm zu übernehmen, danke ich Herrn Prof. Dr. jur. h.c. *Norbert Simon*. Für die Aufnahme in die von Ihnen herausgegebene Schriftenreihe bin ich überdies den Herren Prof. Dres. *Siegfried Magiera* und *Detlef Merten* zu Dank verpflichtet.

Dank schulde ich schließlich auch meinem ältesten Bruder, Herrn Dr. phil. *Michael Szczekalla*, für eine Reihe von Gesprächen über historisch-philosophische Themen im Umfeld dieser Arbeit sowie meinem zweitältesten Bruder, Herrn Dipl.-Math. Dipl.-Betriebswirt (BA) *Christoph Szczekalla*, für die – mehr oder weniger – gemeinsame Übersetzung so mancher schwieriger Passage aus französischen, italienischen und spanischen Aufsätzen, Büchern sowie gerichtlichen Entscheidungen, auch wenn letztlich nicht mehr alles davon verwertet werden konnte. Darüber hinaus hat mich mein Freund, Herr Dipl.-Volkswirt *Stephan S. Chrobok*, bei der Erstellung der einzigen „Grafik“ in dieser Arbeit unterstützt und auch sonst über die Jahre hinweg mit aufmunternden Beistandsleistungen vielfältiger Art versorgt. Herr *Marcus Mazik* hat mir – last but not least – mit Rat und Tat bei Hard- und Softwarefragen für die endgültige Druckfassung zur Seite gestanden.

Für finanzielle Unterstützung bei der Drucklegung danke ich dem *Rotary Club Osnabrück-Nord*, der die Arbeit unter der Präsidentschaft von Prof. Dr. *Jörn Ipsen* mit seinem *Promotionspreis 2001* ausgezeichnet hat, sowie dem Bundesinnenministerium für einen Druckkostenzuschuss. Herrn *Halvor Halvorsen*, Leiter der Niederlassung der *Vereins- und Westbank* in Osnabrück, und den Gästen seines Dienstjubiläums bin ich für die zahlreichen Spenden zum Zwecke der Veröffentlichung ebenfalls sehr verbunden.

Ein Vorwort ist der richtige Ort, um das Vorstehende angemessen auszudrücken. Wer meint, dass ihm „Dank-Kaskaden“ von vornherein keinen informationellen oder wenigstens ästhetischen Nutzwert bieten (so etwa Küper, JZ 2000, 614), der sollte überhaupt keine Vorworte lesen und gleich auf die informatorische Einleitung zusteuern.

Das Werk ist in Rechtsprechung und Literatur (auch unveröffentlichter) *im Wesentlichen* auf dem Stand vom 01.01.2000. *Neuere Entscheidungen und literarische Stellungnahmen* konnten nur noch *im Ausnahmefall* berücksichtigt werden. (Größere) Abweichungen vom hier wiedergegebenen Stand haben sich dabei in der Zwischenzeit jedenfalls nicht ergeben. Über die Verabschiedung der *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden (s. DVBl. 2001, 345 ff.; Langfassung im Internet unter „<http://www.jura.uos.de/Institut/EUR/Publik-PS.html>“ bzw. „http://www.jura.uos.de/institut/EUR/Wiener_GRTag_lf_korr.htm“).

Die Arbeit ist *im Wesentlichen* in der „neuen“ deutschen Rechtschreibung gehalten. Nur ausnahmsweise habe ich mir die – auch grundrechtliche (s. BVerfGE 98, 218, 258 ff., 261 f., 265) – „Freiheit“ erlaubt, davon abzuweichen, so insbesondere im Titel, damit eine sinnvolle Abkürzung weiterhin möglich bleibt.

Ich widme diese Arbeit meinen Eltern – mein Vater hat die Entstehung der Arbeit immer mit großem Interesse begleitet, konnte aber leider ihr Erscheinen nicht mehr erleben – und meiner Frau *Stefanie Klaes* (als kleinen Ausgleich für das, was sie alles haben ertragen müssen).

Osnabrück, im November 2001

Peter Szczekalla

Inhaltsübersicht

Einleitung	71
A. Ziel, Rechtfertigung und Gang der Untersuchung	71
I. Ziel der Untersuchung	71
II. Rechtfertigung der Untersuchung	72
III. Gang der Untersuchung	74
IV. Vorrangige Berücksichtigung der Rechtsprechung	86
B. Vorbemerkung zum möglichen Ertrag der Untersuchung	87
C. Vorbemerkung zur Einbeziehung rechtstatsächlichen Materials	89

Erster Teil

Die sogenannte grundrechtliche Schutzpflicht im deutschen Recht	92
A. Die Rechtsprechung des <i>BVerfG</i>	92
I. Erste Vorbemerkung: Die Abhängigkeit der Schutzpflicht von der Weite des Eingriffsbegriffs – Schutzpflicht trotz aktiven Handelns des Staates und „Mitverantwortung“	94
II. Zweite Vorbemerkung: Schutzpflicht des Staates in Bezug auf nicht-staatliche Beeinträchtigungen oder Gefährdungen von Grundrechtsgütern als Grundsatz	96
III. Entwicklung der Rechtsprechung	99
IV. Ableitung der Schutzpflichten	143
V. Konstruktion von Schutzpflichten	150
VI. Abgrenzung zu anderen „Schutznormen“	220
VII. Schutzpflichten und Staatszwecke, Staatsziele bzw. Staatsaufgaben	221
VIII. Kontrolle der Erfüllung von Schutzpflichten (Von der Evidenzkontrolle zum „Untermaßverbot“ und zurück)	223
B. Die Rechtsprechung der übrigen Gerichte und die Haltung der Literatur im Überblick	239
I. Die Rechtsprechung der übrigen Gerichte	239
II. Die Haltung der Literatur	244
C. „Neu“-Ansatz: Rückbesinnung und Reduktion	404
I. Gründe für den „Neu“-Ansatz	406
II. Irrelevanz wegen Ergebnisäquivalenz – Irrelevanz der Ergebnisäquivalenz: Rationalitätsschub durch gutes grundrechtliches Argumentieren	426
III. Die Leistungsfähigkeit des Grundrechts als Abwehrrecht	435
IV. Einzelfragen	435

Zweiter Teil

Die Schutzpflicht im europäischen Recht	459
A. Grundrechte im europäischen Recht	459
I. Geschriebene Grundrechte	461
II. Ungeschriebene Grundrechte – Allgemeine Rechtsgrundsätze	481
B. Ansätze für gemeinschaftliche Schutzpflichten im europäischen Recht	549
I. Erste Vorbemerkung: Das Bedürfnis nach gemeinschaftlichen Schutzpflichten	551
II. Zweite Vorbemerkung: Die rechtliche Möglichkeit von gemeinschaftlichen Schutzpflichten der <i>EU</i> – Unschädlichkeit des fehlenden Gewaltmonopols und der fehlenden Kriminalstrafgewalt der Gemeinschaft	602
III. Möglicherweise einschlägige Rechtsprechung des <i>EuGH</i>	610
IV. Weitere Ansatzpunkte im Gemeinschaftsrecht	627
V. Europäische Menschenrechtskonvention (<i>EMRK</i>)	712
VI. Verfassungen der Mitgliedstaaten	909
VII. Sonstige Völkerrechtstexte	976
VIII. Praxis des Schutzes in der Gemeinschaft	977
IX. Kontrolldichte	1037
C. Ergebnisse der Untersuchung	1051
I. Der Siegeszug der „objektiven Wertordnung“	1051
II. Die Schutzpflicht als „europäisches Gemeingut“	1056
III. Die abwehrrechtliche Lösung	1056
D. Exkurs: Eine Allgemeine Gemeinschaftslehre als Desiderat	1058
I. Das Bedürfnis nach einer Allgemeinen Gemeinschaftslehre	1059
II. Übertragung des Vertragsgedankens auf die Gemeinschaft	1061
III. Zwischenergebnis	1065

Dritter Teil

(Mögliche) Praktische Folgerungen	1067
A. Die Konkurrenz von Schutz-Gemeinschaft und Schutz-Staat	1067
I. Gemeinsame und geteilte Verantwortlichkeiten	1068
II. Die Einhaltung der Kompetenzordnung: Formelles Prinzip versus Effektivität – Ein „Mehrebenenmodell“	1075
III. Privatisierungs- und Deregulierungspotentiale	1075
B. Schutzpflichtkonforme Auslegung	1081
C. Unmittelbare horizontale Richtlinien-Wirkung aus Gründen der (gemeinschafts-) grundrechtlichen Schutzpflicht?	1082
I. Gemeinschafts- oder mitgliedstaatsgrundrechtliche Schutzpflichten?	1084

II. Gesetzesmediatisierung	1085
III. Ausschließliche Grundrechtsgemäßheit einer Verordnung zur Erfüllung von Schutzpflichten (hier sog. <i>Inkonsequenz-Argument</i>)	1092
IV. Besonderes Normgefüge des Art. 249 EGV (<i>ex 189</i>)	1093
V. Exkurs: Einsatz der Schutzfunktion zur Vollzugseffektuierung umgesetzten Richtlinienrechts	1096
D. Sekundärer Schutz: Herleitung eines gemeinschaftlichen Rechtsschutzanspruchs aus dem Schutzpflichtgedanken	1097
I. Ableitung eines gemeinschaftlichen Rechtsschutzanspruchs gegen (gemeinschafts-) grundrechtsgefährdende Mitgliedstaaten aus dem Schutzpflichtgedanken?	1097
II. Sekundärer Schutz gegen (gemeinschafts-) grundrechtsbeeinträchtigende private Dritte	1098
E. Tertiärer Schutz: Gemeinschafts- und Staatshaftung	1100
I. Haftung nur bei Kompetenz	1100
II. Residualverantwortlichkeit und -haftung der Mitgliedstaaten	1102
III. Fortbestehende Vertragsverletzung trotz Schadensersatz oder Entschädigung	1104
F. Schutzpflichten als Argument zur Beschränkung von Grundrechten und Grundfreiheiten	1104
G. Diplomatischer Schutz der Mitgliedstaaten gegen Rechtsakte der EG bzw. deren Unterlassung?	1105
H. Diplomatischer Schutz der Mitgliedstaaten gegen gemeinschafts(grund-)rechtswidriges Verhalten anderer Mitgliedstaaten?	1108
I. Schutzpflicht gegen Inländerdiskriminierung?	1108
I. Begriff der Inländerdiskriminierung	1109
II. Verfassungsrechtliche Ansatzpunkte	1109
III. Einschlägigkeit der Schutzfunktion?	1110

Vierter Teil

Zusammenfassung in Thesen	1112
--	------

Anhang: Das sog. <i>logische</i> bzw. <i>deontische</i> (oder: <i>Normen-</i>) <i>Quadrat</i>	1153
Literaturverzeichnis	1154
Personen- und Sachverzeichnis	1239

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	71
A. Ziel, Rechtfertigung und Gang der Untersuchung	71
I. Ziel der Untersuchung	71
II. Rechtfertigung der Untersuchung	72
III. Gang der Untersuchung	74
IV. Vorrangige Berücksichtigung der Rechtsprechung	86
B. Vorbemerkung zum möglichen Ertrag der Untersuchung	87
C. Vorbemerkung zur Einbeziehung rechtstatsächlichen Materials	89

Erster Teil

Die sogenannte grundrechtliche Schutzpflicht im deutschen Recht	92
A. Die Rechtsprechung des <i>BVerfG</i>	92
I. Erste Vorbemerkung: Die Abhängigkeit der Schutzpflicht von der Weite des Eingriffsbegriffs – Schutzpflicht trotz aktiven Handelns des Staates und „Mitverantwortung“	94
II. Zweite Vorbemerkung: Schutzpflicht des Staates in Bezug auf nicht-staatliche Beeinträchtigungen oder Gefährdungen von Grundrechtsgütern als Grundsatz	96
1. Beeinträchtigungen oder Gefährdungen von Grundrechtsgütern durch Private	96
2. Beeinträchtigungen oder Gefährdungen von Grundrechtsgütern durch <i>ausländische Staaten</i> und sonstige ausländische Gefahrenquellen	96
3. Beeinträchtigungen oder Gefährdungen von Grundrechtsgütern durch <i>Naturkatastrophen</i>	98
III. Entwicklung der Rechtsprechung	99
1. Ausdrückliche Schutzpflicht-Rechtsprechung	99
a) Die Rolle der Menschenwürde-Garantie in der Schutzpflicht-Rechtsprechung des <i>BVerfG</i>	102
b) Einzelgrundrechtliche Schutzpflichten	103
c) Sonstige „Schutzpflichten“	106
aa) Sozialstaatsprinzip (<i>Art. 20 I, 28 I I GG</i>)	106
bb) Schutzauftrag aus <i>Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 WRV – Art. 4 I und II GG</i>	106
cc) <i>Beamtenrechtliche</i> Schutz- und Fürsorgepflichten	107

dd) Schutzpflichten ohne einzelgrundrechtliche Anbindung.....	108
d) Schutzpflichtentypische Fallkonstellationen.....	108
e) Anwendung der allgemeinen Grundrechtsdogmatik auf die Schutzpflichten.....	110
f) Das sog. Untermaßverbot.....	111
2. Mögliche Vorläufer- und weitere „schutzpflichtenträchtige“ Entscheidungen.....	113
a) Prozessuale Ansatzpunkte (Verfassungsbeschwerde gegen ein [gesetzgeberisches] Unterlassen).....	113
b) Materielle Ansatzpunkte.....	114
aa) Schutz als Oberbegriff für Förderung, Störungs- und Schädigungsabwehr sowie Eingriffsunterlassung.....	115
bb) Schutz durch Zivilrecht.....	115
(1) Schutz durch Haftungsrecht.....	116
(2) Schutz durch (zwingendes) Vertragsrecht.....	117
(3) Schutz durch Kündigungsvorschriften.....	117
(4) Schutz durch Vertretungs- und Sorgerechtsvorschriften.....	118
cc) Schutz durch das Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht.....	119
dd) Das Sozialstaatsprinzip als Anwendungsfall der Schutzpflichten.....	122
ee) Einzelgrundrechte und grundrechtsgleiche Gewährleistungen.....	123
(1) Anspruch auf Schutz aus <i>Art. 1 I GG</i>	123
(2) Anspruch auf Schutz aus <i>Art. 2 I i. V. m. Art. 1 I GG</i> ..	124
(3) Presse- und Rundfunkfreiheit: Positive Ordnung, Pluralismus und Schutz vor Gefahren aus Meinungs- oder Informationsmonopolen – Der Staat als „Garant“.....	124
(4) Schutz und Förderung der Wissenschafts- und Lehrfreiheit.....	126
(5) Ansprüche bzw. Aufträge aus <i>Art. 6 GG</i>	128
(a) Schutz von Ehe und Familie aus <i>Art. 6 I GG</i>	128
(b) Schutz des elterlichen Erziehungsrechts aus <i>Art. 6 II I GG</i>	129
(c) Das staatliche Wächteramt (<i>Art. 6 II 2 GG</i>) als Ausprägung einer Schutzpflicht.....	129
(d) Anspruch der Mutter auf Schutz und Fürsorge aus <i>Art. 6 IV GG</i>	130
(e) Schutz nichtehelicher Kinder aus <i>Art. 6 V GG</i>	130
(6) Schutz des Wahlrechts.....	131
ff) Entscheidungen zur sog. Drittwirkung der Grundrechte als mögliche Schutzpflicht-Entscheidungen.....	132
gg) Diplomatischer Schutz oder Auslandsschutz.....	133
hh) Entscheidungen zur Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen aus Gründen des Schutzes der Grundrechte anderer.....	134

(1) Schutz der Menschenwürde.....	134
(2) Schutz von Leben und Gesundheit.....	134
(3) Jugend- und Minderjährigenschutz.....	135
(4) Schutz der Meinungsvielfalt durch Bewahrung des Pluralismus.....	135
(5) Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit.....	136
(6) Unschuldsvermutung.....	136
(7) Gläubigerschutz.....	136
ii) Entscheidungen zur Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen aus Gründen des Schutzes der Grundrechte ein und desselben Grundrechtsträgers (Schutz vor bzw. gegen sich selbst – „aufgedrängter“ Grundrechtsschutz).....	137
jj) Entscheidungen zur Rechtfertigung von Eingriffen in die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie aus <i>Art. 28 II 1 GG</i>	139
kk) Entscheidungen zur Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen aus Gründen des Schutzes kollektiver Güter mit einzelgrundrechtlicher Radizierung.....	139
(1) Sicherheit des Schiffsverkehrs.....	140
(2) Sicherungsbedürfnis der Allgemeinheit.....	140
(3) Verfassungsrechtliche Grundentscheidung für eine wirkungsvolle militärische Landesverteidigung.....	141
(4) Verbraucherschutz.....	141
(5) Unterschied zwischen Schutzpflicht und Schutz kollektiver Güter.....	142
IV. Ableitung der Schutzpflichten.....	143
1. Wortlautargumente.....	143
2. Staatstheoretische Begründung (Die „Schutz für Gehorsam“-Formel).....	143
a) Allgemeines.....	143
b) <i>Drittverfolgungs</i> -Rechtsprechung als Beispiel für die Anwendung der staatstheoretischen Begründung.....	145
3. Die objektive Wertordnung.....	146
a) Allgemeines.....	146
b) Einzelgrundrechtlicher Einstieg und Rückbezug – prinzipielle Verstärkung der Geltungs- bzw. Wirkungskraft des Einzelgrundrechts und einzelgrundrechtliche Radizierung.....	148
c) „Schutzpflichttauglichkeit“ <i>aller</i> Freiheits- und Gleichheitsgrundrechte sowie <i>aller</i> grundrechtsgleichen Rechte.....	149
V. Konstruktion von Schutzpflichten.....	150
1. Adressat der Schutzpflichten.....	150
a) Legislative („Gesetzesmediatisierung“ – „interpositio legislatoris“).....	151
aa) Regelungsdichte.....	151
bb) Unzureichende gesetzliche Vorgaben und „allgemeine Rechtsgrundlagen“.....	154

(1) „Allgemeine Rechtsgrundlagen“ des Arbeits(kampf)- rechts	154
(2) Unanwendbarkeit bloß „allgemeiner Rechtsgrundlagen“ im Verhältnis zwischen Staat und „Privatrechtssubjek- ten“	155
(3) Übertragung der Rechtsprechung zu den „allgemeinen Rechtsgrundlagen“ auf andere Bereiche des Zivil- rechts, insbes. des Familienrechts.	156
cc) „Übergangszeit“-Rechtsprechung	156
dd) Schutzpflichtkonforme Auslegung	158
ee) Entbehrlichkeit eines Gesetzes	158
ff) Sonderfall: Strafgesetz	159
gg) Ausfüllung formell-gesetzlicher Regelungen durch Rechts- verordnung	160
hh) Relevanz der Befassung des Bundestags außerhalb konkre- ter Gesetzgebungsverfahren	160
b) Exekutive (Schutzpflicht als „Eingriffstitel“?)	161
c) Judikative	162
aa) Allgemeines	162
bb) Fehlende gesetzliche Regelungen: Allgemeine Rechtsgrund- lagen und Übergangszeit-Rechtsprechung	162
cc) <i>BVerfG</i>	163
d) Schutzpflichtadressaten im Bundesstaat – <i>kompetenzielle Media-</i> <i>tisierung</i>	163
e) „Privatisierung“ der Schutzpflicht-Erfüllung – „Schutz-Organi- sationspflicht“ – Deregulierung	165
2. Begünstigter der Schutzpflichten	169
a) Natürliche und juristische Personen	169
b) Nasciturus	169
c) Verstorbene	170
d) (Zu-) Künftige Generationen	170
3. „Tatbestand“ der Schutzpflichten	171
a) Schutzbereich	171
b) Beeinträchtigung, Gefahr oder Risiko – Schutz vor Angst bzw. Furcht oder bloßen Belästigungen und Unannehmlichkeiten? ...	171
aa) <i>Schutzbefugnis</i> bei wissenschaftlich ungeklärter Situation ..	172
bb) Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers und diesbezüg- liche Topoi	173
cc) Prüfungsstufe: Vorliegen einer „Beeinträchtigung“ oder Rechtfertigung unterlassener (ausreichender) Schutzmaß- nahmen?	173
dd) Schutz vor Angst bzw. Furcht?	174
ee) Schutz vor bloßen Belästigungen und Unannehmlichkeiten?	174
4. Rechtsfolge	175

a) Schutzgewährung.....	175
aa) Schutzmittel.....	175
(1) Tatsächliche Schutzmittel.....	177
(a) Geld.....	177
(b) Sonstige sachliche Schutzmittel (Einrichtungen und Dienstleistungen).....	179
(c) Personalleistungen.....	180
(d) Aufklärung, Erziehung, Beratung, Nachforschung .	180
(e) Beobachtung und Forschung – Statistik.....	182
(2) Rechtliche Schutzmittel.....	186
(a) Schutz durch gesetzliche Ge- und Verbote („Schutz-Eingriffe“) – <i>Primärer</i> Schutz.....	186
(aa) Primäre Schutznormen.....	186
(α) Allgemeines.....	186
(β) Präventive und repressive Schutzwir- kungen.....	187
(γ) Präventive absolute Verbote als ultima ratio.....	188
(δ) Kein Vorrang primären Schutzes.....	188
(ε) Faktisches Verbot bei rechtlicher Er- laubnis – (finanzielle) Belastungen als primäres Schutzmittel.....	189
(bb) Sekundäre Schutznormen.....	190
(cc) Schutz durch öffentliches, Privat- und Straf- recht.....	192
(α) Schutz durch öffentliches Recht.....	192
(β) Schutz durch Zivilrecht.....	193
(γ) Schutz durch das Straf- und Ordnungs- widrigkeitenrecht.....	193
(δ) Schutz durch völkerrechtliche Verträge.	194
(b) Durchsetzung gesetzlicher Ge- und Verbote – <i>Se- kundärer</i> Schutz.....	195
(aa) Durchsetzung öffentlichrechtlicher Ge- und Verbote.....	196
(bb) Durchsetzung zivilrechtlicher Ge- und Ver- bote.....	197
(cc) Durchsetzung straf- und ordnungswidrigkei- tenrechtlicher Ge- und Verbote.....	198
(c) Nachbesserung.....	198
(aa) Verfassungswidrig „gewordene“ Gesetze....	198
(bb) „Übergangszeit“- bzw. „Näherungs“-Rechts- sprechung als Fall der Nachbesserungspflicht	200
(cc) Nachbesserungspflicht als Folge der „Un- vereinbarkeits“-Rechtsprechung.....	200
(dd) Nachbesserungspflicht und Schutzpflicht....	201

(d) Beseitigung der Folgen unterlassenen Schutzes – <i>Tertiärer</i> Schutz-I	201
(e) Schadensersatz bzw. Entschädigung – <i>Tertiärer</i> Schutz-II	202
(f) Rechtsschutz als Schutzmittel und Schutzkontrolle.	205
(aa) Allgemeines	205
(bb) Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde im Besonderen und der Verfassungsgerichtsbar- keit im Allgemeinen	205
(cc) Umfassender und wirksamer Rechtsschutz: Vorrang des fachgerichtlichen Rechtsschut- zes	207
bb) Bestmöglicher Schutz?	207
cc) Abstufung des Schutzes – Situationsgebundenheit – <i>Art. 3 I</i> <i>GG</i>	211
dd) Schutzpflicht-Erfüllung durch private Dritte	213
b) Subsidiarität staatlichen Schutzes – Vorrang von Selbstschutz; Refinanzierung staatlichen Schutzaufwands	213
c) „Restrisiko“ und „Sozialadäquanz“	214
aa) Allgemeines	214
bb) „Restrisiko“	215
cc) „Sozialadäquanz“	216
5. Prüfungsaufbau	217
6. Das subjektive Recht auf Schutz als Selbstverständlichkeit	217
VI. Abgrenzung zu anderen „Schutznormen“	220
1. <i>Art. 20a GG</i>	220
2. Sozialstaatsprinzip	221
VII. Schutzpflichten und Staatszwecke, Staatsziele bzw. Staatsaufgaben . . .	221
VIII. Kontrolle der Erfüllung von Schutzpflichten (Von der Evidenzkontrolle zum „Untermaßverbot“ und zurück)	223
1. Bisherige Kontrolle – Evidenzkontrolle	223
a) Komplexität	223
b) Kompromisscharakter	225
c) Angemessene Erfahrungs- und Anpassungsspielräume	228
d) Evidenzkontrolle als Schutzpflicht-Spezifikum?	228
e) Praxis der Evidenzkontrolle	229
f) Anwendung der Kontrollmaßstäbe auf das „Ob“ und das „Wie“ der Schutzpflicht-Erfüllung	230
2. „Untermaßverbot“	230
3. Rückkehr zur bisherigen Kontrolle	231
4. Dreistufige Prüfung	232
5. (Noch weiter) Eingeschränkte Kontrolle bei Sachverhalten mit Aus- landsberührung und bei außenpolitischen Zwängen	233

6. Wahrung der <i>Verantwortung für den Staatshaushalt</i> als weitere Begrenzung der Kontrolldichte.	235
7. <i>Experimentelle Gesetzgebung</i> als Grund für eine weitere Beschränkung der Kontrolldichte	235
8. Unterschiedliche Kontrolldichte bei Abwehr- und Schutzrechten?	236
9. Kontrolldichte als zutreffender Ansatzpunkt?	237
10. „Abwägungsfehlerlehre“?	238
B. Die Rechtsprechung der übrigen Gerichte und die Haltung der Literatur im Überblick.	239
I. Die Rechtsprechung der übrigen Gerichte.	239
1. Landesverfassungsgerichte	239
2. Fachgerichte	240
3. Kontroversen im Gefolge des sog. <i>Gentechnik-Beschlusses des hessVGH</i>	242
II. Die Haltung der Literatur	244
1. Zustimmung im Grundsatz.	244
2. Offene Streitfragen – Einzelkritik.	247
a) Das Verhältnis von Schutzpflicht und sog. Drittwirkung.	248
aa) (Hier sog.) <i>Absolute und relative Identitäts- bzw. Unterfallthesen</i>	250
bb) (Hier sog.) <i>Strikte Trennungsthese</i>	251
cc) (Hier sog.) <i>Ergänzungsthese</i>	251
dd) (Hier sog.) <i>Begründungsthese</i>	252
ee) (Hier sog.) <i>Partielle Erklärungsthese</i>	252
ff) (Hier sog.) <i>Voraussetzungsthese</i>	252
gg) (Hier sog.) <i>Überschneidungsthese</i>	253
hh) (Hier sog.) <i>These von der Drittwirkung als Schutz-Mittel</i>	253
ii) <i>Drittwirkung der Schutzpflicht selbst?</i>	253
jj) <i>Stellungnahme</i>	254
b) „Schutz-Eingriff“ ohne Gesetz?	258
aa) <i>Erforderlichkeit eines Gesetzes in Eingriffsfällen als Grundsatz</i>	260
bb) <i>Kein Gesetzesvorbehalt beim Einsatz tatsächlicher Schutzmittel als Grundsatz</i>	262
cc) <i>Ausnahmekonstellationen</i>	264
dd) <i>Stellungnahme</i>	265
c) <i>Gesetz im formellen oder materiellen Sinne – schutzrechtliches Delegationsverbot?</i>	269
aa) <i>Delegationsverbot</i>	269
bb) <i>Stellungnahme</i>	270
d) <i>Einhaltung der Zuständigkeitsordnung</i>	271
aa) <i>Grundsätzlich keine kompetenz- bzw. zuständigkeitsbegründende Funktion der Schutzpflichten</i>	272

bb)	„Notkompetenz“ des Bundes für überregional bedeutsame Warnungen	273
cc)	Durchbrechung der Sperrwirkung des <i>Art. 72 I GG</i> aus Gründen der grundrechtlichen Schutzpflichten?	274
dd)	Staatsorganisationsrechtliche Implikationen	276
e)	Schutz vor „Naturkatastrophen“ als Fall der grundrechtlichen Schutzpflichten?	276
f)	Diplomatischer bzw. Auslandsschutz als Fall der grundrechtlichen Schutzpflichten?	283
g)	Schutz (zu-) künftiger Generationen als Fall der grundrechtlichen Schutzpflichten?	287
aa)	Schutz nur der heute grundrechtsbewehrten Güter	288
bb)	Objektivrechtliche Einbeziehung des Generationen-Schutzes	288
cc)	Ausschließlich objektivrechtlicher Schutz der „zeitlosen“ Menschenwürde	288
dd)	Stellungnahme	289
h)	Unzulässiger Schutz des Grundrechtsträgers vor bzw. gegen sich selbst	292
aa)	Das Sozialstaatsprinzip als „Bumerang“	292
bb)	Stellungnahme	293
	(1) Das Sozialstaatsargument und die „frei verantwortliche Selbstgefährdung“	293
	(2) Die „Restfälle“ eines möglichen Schutzes vor bzw. gegen sich selbst	297
i)	Präexistenz bzw. Latenz der Schutzpflicht	300
j)	Beeinträchtigung, Gefahr oder Risiko – Schutz vor Angst bzw. Furcht oder bloßen Belästigungen und Unannehmlichkeiten? ...	302
aa)	Beeinträchtigung, Gefahr oder (Rest-) Risiko	302
bb)	Schutz vor Angst bzw. Furcht?	305
cc)	Schutz vor bloßen Belästigungen und Unannehmlichkeiten?	309
k)	Subjektives Recht auf Schutz	310
aa)	Allgemeines	310
	(1) Mehrheitliche Bejahung eines subjektiven Rechts auf Schutz	310
	(2) (Teilweise) Zurückhaltung, Kritik und (gänzliche) Ablehnung	313
	(3) Stellungnahme	315
bb)	Einzelfragen	316
	(1) Subjektives Recht auf Strafnormerlass und -durchsetzung bzw. Strafverfolgung?	316
	(2) Subjektives Recht auf Schutz beim „Restrisiko“ oder bei der bloßen „Besorgnis“?	317
	(3) „Normbestandsschutz“ für einfachgesetzlichen (öffentlichrechtlichen) Drittschutz?	319

l)	Die Bedeutung des Untermaßverbots	323
aa)	(Hier sog.) <i>Absolute Kongruenzthese</i>	323
bb)	(Hier sog.) <i>Absolute Divergenzthese</i>	323
cc)	(Hier sog.) <i>Relative Kongruenzthese</i>	324
dd)	Einzelkritik	324
ee)	Stellungnahme	325
	(1) Schutzminimum?	325
	(2) Freiheit im Übermaß – Schutz im Untermaß?	326
	(3) Die Unausweichlichkeit von Abwägungen beim Abwehrrecht und bei der Schutzpflicht	329
m)	Unterschied zwischen Schutzpflicht und Schutz kollektiver Güter	330
aa)	Schutzpflicht zugunsten kollektiver Güter?	330
bb)	„Kollektivierungsrisiko“	331
n)	Art. 1 I 2 GG als „Basisnorm“	332
o)	Schutzpflichtuntaugliche Grundrechte?	335
aa)	Schutzpflicht des Gesetzgebers aus Art. 14 I 1 GG?	336
bb)	Schutzpflicht aus Gleichheitsgrundrechten?	338
	(1) Allgemeiner Gleichheitssatz	338
	(2) Besondere Diskriminierungsverbote	341
cc)	Schutzpflicht für Verfahrensgarantien und grundrechtsgleiche Rechte?	344
dd)	Schutzpflicht aus Art. 2 I GG?	346
ee)	Differenzierung zwischen zu- bzw. besitzstands- und handlungsfreiheitsverbürgenden Grundrechten	349
ff)	Sonstige Grundrechte, Paralleldiskussion bei der sog. Drittwirkung, „Wert(e)hierarchie“ bzw. „Wert(e)rangordnung“ und Zwischenergebnis	350
p)	Wahrung der Gewaltenteilung	352
q)	Auseinanderfallen von Handlungs- und Kontrollnorm?	353
r)	„Mitverantwortung“	355
s)	Umstrittene Schutzmittel	357
aa)	Schutz durch Strafrecht	357
	(1) Die Kritik	357
	(2) Stellungnahme: Die Missverständnisse	358
	(a) Das Strafrecht als schärfste Waffe?	358
	(b) Die selbstverständliche Ergänzungsbedürftigkeit strafrechtlichen Schutzes	360
	(c) Die (Wieder-) Entdeckung der Genugtuungsfunktion des Strafrechts	364
bb)	Schutz durch Förderung und Erziehung	366
t)	„Restrisiko“ und „Sozialadäquanz“	367
u)	Schutz und/oder Förderung?	370
v)	Vorbehalt amtlicher Erkenntnis	371
w)	<i>Subsidiarität</i> staatlichen Schutzes?	373

aa)	Differenzierung zwischen <i>prima facie</i> und <i>definitivem</i> Schutz; Verfügbarkeit der Haushaltsmittel und <i>Eigensicherungspflicht</i>	373
bb)	Mobilisierung des Risikovermeidungspotentials „mündiger Bürger“	374
cc)	(Ausdrückliche) Anordnungen im Grundgesetz.....	375
dd)	Keine allgemeine Subsidiarität, aber Grundsatz schutzfunktionaler Subsidiarität	375
x)	Erosion des einfachen Rechts	377
y)	Schutzfunktion bei Schaffung von Einrichtungen?.....	378
z)	Begriffsklärung: <i>Schutzfunktion</i> oder <i>-dimension</i> ?	379
3.	Ergänzende Erklärungsansätze.....	381
4.	„Fundamentalkritik“ – die sog. abwehrrechtlichen Lösungen (insbes. <i>Schwabe, Murswiek, Griller</i>).....	390
a)	Gewaltmonopol und Duldungspflicht – Nicht-Verbieten als (schwache) Erlaubnis	391
b)	„Restfälle“ einer Schutzpflicht nach <i>Schwabe</i>	392
c)	(Fehlende) Reaktionen in Rechtsprechung und Literatur.....	393
d)	Stellungnahme	396
aa)	„Glaubensfragen“ und (Be-) Wertungen	396
bb)	Die „Restfälle“ grundrechtlicher Schutzpflichten nach <i>Schwabe</i>	401
(1)	Verbotsdurchsetzung als Schutzpflicht-Fall?	401
(2)	Sanktionsbewehrung von Verbotsnormen und sonstige Schutz-Mittel als Schutzpflicht-Fälle?.....	402
(3)	Mitwirkung des Geschädigten und „Abkaufen des Rechtsguts“ als Schutzpflicht-Fälle?	402
(4)	Ausräumung des Inkonsequenzarguments.....	403
(5)	Absolute Grenzen jeder Abwehrrechtlsölung: Schutz vor „Natur“-Katastrophen und Generationenschutz sowie diplomatischer Schutz.....	403
C.	„Neu“-Ansatz: Rückbesinnung und Reduktion	404
I.	Gründe für den „Neu“-Ansatz	406
1.	Hierarchisierung der Grundrechtsfunktionen.....	406
2.	Die Abhängigkeit vom Eingriffsbegriff	406
3.	Verwirrung durch Ausweichen und Offenhalten des dogmatischen Ansatzes.....	408
4.	„Mitverantwortung“ als „Verlegenheitsbegriff“	408
5.	Der Mythos vom (grund-) rechtsfreien Raum und die Leistungsfähigkeit einer geschlossenen (Grund-) Rechtsordnung	409
a)	Allgemeines	409
b)	Erlaubnis bei Abwesenheit von Verboten	413
c)	Vorliegen einer entwickelten Rechtsordnung	414

d)	<i>Materielle</i> Irrelevanz der <i>formellen</i> Zuordnung zu einem bestimmten Rechtsgebiet	415
e)	Verbleibende Rechtsunsicherheiten	417
f)	Grenzen der Regelungsfähigkeit?	417
g)	Keine grundrechtlichen Lücken	420
h)	Die „Gesetze der Logik“ – das sog. <i>logische</i> bzw. <i>deontische</i> (oder: <i>Normen-</i>) <i>Quadrat</i> als Hilfsmittel.	420
aa)	Erste Vorbemerkung: Notwendige Beschränkungen	420
bb)	Zweite Vorbemerkung: Grenzen der Logik	421
cc)	Ausschließlichkeit von Verbot und Erlaubnis.	423
dd)	Gesetzliche Erlaubnisse und grundrechtliche Eingriffsverbote	424
ee)	Zwischenergebnis	424
6.	Abgrenzung von Staatszwecken und -zielen.	424
II.	Irrelevanz wegen Ergebnisäquivalenz – Irrelevanz der Ergebnisäquivalenz: Rationalitätsschub durch gutes grundrechtliches Argumentieren ..	426
1.	Gutes grundrechtliches Argumentieren und die Leistungskraft des abwehrrechtlichen Prüfungsschemas.	427
2.	Beachtung der Gesetze der Logik	433
III.	Die Leistungsfähigkeit des Grundrechts als Abwehrrecht	435
IV.	Einzelfragen	435
1.	Die sog. Drittwirkung und die sog. Schutzpflichten	435
2.	Das sog. Untermaßverbot	437
3.	Der diplomatische Schutz bzw. Auslandsschutz.	437
a)	Fall einer „echten“ Schutzpflicht	437
b)	Keine Besonderheiten bei Auslieferung, Ausweisung und Abschiebung	442
c)	Schutzkonstellationen	444
aa)	Schutz von deutschen Staatsangehörigen bzw. juristischen Personen mit Sitz in Deutschland.	444
bb)	Schutz von Ausländern bzw. juristischen Personen mit Auslandssitz.	444
(1)	Schutz von Ausländern im Inland	444
(2)	Schutz von Ausländern im Ausland.	445
d)	Kontrolldichte	451
e)	Schadensersatz und Entschädigung	452
4.	Schutz vor „Natur“-Katastrophen und Generationenschutz	454
5.	Die Wahrung des Gestaltungsspielraums von Gesetzgebung und Verwaltung durch die Gerichtsbarkeit, insbes. durch die Verfassungsgerichtsbarkeit.	454
6.	Untauglichkeit eines Abwehrrechtsmodells beim Handeln unter Ungewissheitsbedingungen?	456
7.	Folgeprobleme	456

Zweiter Teil

Die Schutzpflicht im europäischen Recht

459

A. Grundrechte im europäischen Recht	459
I. Geschriebene Grundrechte	461
1. Grundfreiheiten	462
2. Vertragliche Diskriminierungsverbote und <i>Art. 141 EGV (ex 119)</i> ..	477
3. Unionsbürgerschaft	478
4. Sonstige vertragliche Vorschriften	480
II. Ungeschriebene Grundrechte – Allgemeine Rechtsgrundsätze	481
1. Begriff und Geltungsgrund der allgemeinen Rechtsgrundsätze	481
2. Funktion der allgemeinen Rechtsgrundsätze	485
a) Vorrats- bzw. Lückenfüllungsfunktion	485
b) „Kompassfunktion“	486
c) Konkretisierungsbedürftigkeit	487
3. Erkenntnismethode	491
a) Allgemeines	491
b) Minimal- oder Maximalstandard – Kernbereichsgarantie oder arithmetisches Mittel – Mehrheitslösung?	491
c) Wertende Rechtsvergleichung	494
d) Modellhaftes Vorgehen	495
4. Rechtserkenntnisquellen	500
a) Vertragsrecht	500
b) <i>EMRK</i>	501
aa) <i>EMRK</i> als <i>vorrangige</i> Rechtserkenntnisquelle	501
bb) Bedeutung der <i>EMRK</i>	507
(1) Rechtsprechung	507
(a) Allgemeines	507
(b) Divergenzgefahr	509
(2) Literatur	517
(3) Stellungnahme	518
(a) Keine <i>direkte</i> Bindung der <i>EU</i> an die <i>EMRK</i>	518
(b) Völkerrechtliche Residualverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten	521
(c) Zulässigkeit einer Menschenrechtsbeschwerde bei mitgliedstaatlichem Spielraum	522
(d) <i>EG</i> -(Grund-)Rechteeffektuierung durch die <i>EMRK</i>	524
(aa) Prozessual (Vorabentscheidungsverfahren und fair trial-Gebot aus <i>Art. 6 I 1 EMRK</i>)	524
(bb) Materiell (<i>Art. 16 EMRK</i> und Gesetzesvorbehalte)	526
(cc) Wahlrecht zum <i>EP</i>	527
(e) Vorrang-Teilhabe und „gespaltener“ Rang	528

c)	Verfassungen der Mitgliedstaaten	529
d)	Sonstige Völkerrechtstexte	529
aa)	Überblick	529
bb)	Besondere Bedeutung des <i>IPbürgR</i> ?	531
(1)	Gegenwärtige Rechtslage	531
(2)	Mögliche und notwendige Divergenzen	533
(3)	<i>Art. 177 EGV (ex 130u)</i> als neues Anwendungsfeld für den <i>IPbürgR</i>	535
cc)	Weitere Entscheidungen von Treaty Bodies als Rechtserkenntnisquelle	535
e)	Sekundärrecht	538
f)	Selbstbindung und Soft law	539
5.	Rang	541
a)	Rechtsprechung	541
b)	Schrifttum	541
c)	Stellungnahme	543
B.	Ansätze für gemeinschaftliche Schutzpflichten im europäischen Recht	549
I.	Erste Vorbemerkung: Das Bedürfnis nach gemeinschaftlichen Schutzpflichten	551
1.	Die schwerpunktmäßige Festlegung der Gemeinschaft auf den Bereich der Wirtschaftsliberalisierung	552
a)	Rechtsprechung des <i>EuGH</i>	552
b)	Rechtsprechung des <i>BVerfG</i> , Literatur und Stellungnahme	553
aa)	Kompetenzerweiterungen	553
bb)	Neue Gefährdungen durch Grundfreiheitsgebrauch	559
cc)	Gefährdungen durch wirtschaftsrechtliche Regelungen mit Binnenmarktbezug	565
dd)	Der ethisch entkleidete <i>homo oeconomicus</i> – (<i>k</i>)ein Leitbild der Gemeinschaft?(!)	566
ee)	Grundsätzliche Unschädlichkeit (gesamt-) wirtschaftlicher Begründungsalternativen für den Rechtsgüterschutz	568
2.	Die weitgehende Beschränkung gemeinschaftlicher Tätigkeit auf grenzüberschreitende Sachverhalte	570
3.	Die ausschließliche Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten für das „Wohl und Wehe“ des Einzelnen	572
a)	Grenzüberschreitende Probleme, Risiken und Gefahren: Die <i>Schutz-Gemeinschaft</i> als (gemeinsame) Antwort der <i>Schutz-Staaten</i>	573
b)	Unschädlichkeit mangelnder Problemlösungskapazitäten für alle „weltumspannenden“ Schutz-Aufgaben: Der Subsidiaritätsgrundsatz im Verhältnis internationaler/supranationaler Organisationen und Potenzierung zunächst mediatisierter Einflussnahmemöglichkeiten der Mitgliedstaaten	581

c)	Die Gemeinschaftsrechtsordnung als (Teil-) Antwort auf Globalisierung (des Rechts) und „Selbstdekonstruktion der Rechtspraxis“	586
d)	Kompetenzübergänge und „Sperrwirkung“ des (sekundären) Gemeinschaftsrechts: Die Alternativlosigkeit der Schutzpflicht-Übernahme durch die Gemeinschaft und „geteilte“ bzw. „gemeinschaftlich ausgeübte“ Souveränität	591
e)	„Garantenstellung“ durch risikoerhöhende Grenzöffnung und Schaffung von Marktzutrittsberechtigungen	596
f)	Verlagerung von Staats-Aufgaben auf die Gemeinschaft und Europäisierung der Staatsziel- oder -zweckerfüllung: Unschädlichkeit des Fehlens eines umfassenden Status-, Schutz- und Gehorsamsverhältnisses zwischen Unionsbürger und Gemeinschaft ...	597
g)	Identifikations- und Legitimationsbedürfnisse	600
h)	Abhängigkeit der rechtlichen Möglichkeit zur Schutzpflicht-Erfüllung von der Kompetenzordnung	601
4.	Zwischenergebnis	602
II.	Zweite Vorbemerkung: Die rechtliche Möglichkeit von gemeinschaftlichen Schutzpflichten der <i>EU</i> – Unschädlichkeit des fehlenden Gewaltmonopols und der fehlenden Kriminalstrafgewalt der Gemeinschaft	602
1.	Fehlendes Gewaltmonopol	602
2.	Fehlende Kriminalstrafgewalt	607
3.	Verzahnung der Rechtsordnungen und Grundrechte als Schutzpflicht-Grund	609
III.	Möglicherweise einschlägige Rechtsprechung des <i>EuGH</i>	610
1.	Schutz des Pluralismus	612
a)	Aufrechterhaltung eines pluralistischen Rundfunkwesens	612
b)	Aufrechterhaltung des Pluralismus bei Zeitschriftenperiodika ...	614
c)	Praxisrelevanz: Rechte auf Schutz und deren Durchsetzung auf europäischer Ebene	616
d)	(Objektivrechtliche) Grundrechtskonflikte und konkurrierende Schutzpflichten	617
2.	Spielerschutz bzw. Bekämpfung der Spielsucht	618
3.	Schutz von „Leib und Leben“ bei der Ausübung von Grundfreiheiten	620
4.	Schutz vor Diskriminierungen	622
5.	Beamtenrechtliche Fürsorgepflicht	625
IV.	Weitere Ansatzpunkte im Gemeinschaftsrecht	627
1.	Die Grundfreiheiten	627
a)	Die Schutzklauseln	629
b)	Ausnahmeklauseln	630
aa)	Allgemeines	630
bb)	Schutzpflicht-Relevanz am Beispiel des staatlichen Gewaltmonopols und privater Sicherheitsdienste	631
cc)	Stellungnahme und Ausblick	633

c)	Schutzpflicht für die Grundfreiheiten	634
aa)	Pönalisierungspflichten und präventiv-polizeilicher Schutz ..	634
bb)	Schutz vor Angst und Furcht	640
cc)	Beispiele für grundfreiheitliche Schutzpflichten	640
(1)	Anwendungsbereich der Schutzfunktion	640
(2)	Anwendungsbereich der „normalen“ Abwehrfunktion ..	641
2.	Diskriminierungsverbote und <i>Art. 141 EGV (ex 119)</i>	645
a)	Diskriminierungsverbote	645
b)	<i>Art. 141 EGV (ex 119)</i>	647
aa)	Schutz vor schwangerschaftsbedingten Nachteilen: <i>direkter</i> Schutz vor Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts und <i>indirekter</i> Schutz des ungeborenen Lebens	648
(1)	Bisherige Rechtsprechung: Schutzpflichtkonforme Aus- legung und Gesetzesmediatisierung – Fairness-Argu- ment und Vorteile eines (Gemeinschafts-) Gesetzge- bungsverfahrens	649
(2)	Neuere Entwicklungen: Schutzpflichtkonforme Recht- sprechungs-Änderung	650
bb)	Schutz vor Diskriminierungen aufgrund einer Geschlechts- umwandlung	652
cc)	Schutz vor Diskriminierungen wegen der sexuellen Orien- tierung, Ausrichtung oder Neigung	652
dd)	Schutz vor weiteren Diskriminierungen und Schutz-Gren- zen	662
3.	Der diplomatische und/oder konsularische Schutz	663
a)	Allgemeines; Adressaten und Begünstigte	663
b)	Diplomatische Schutzpflicht der Mitgliedstaaten	664
aa)	Doppelte Rechtsgrundlage aus verschiedenen Rechtsquellen	664
bb)	Unmittelbare Anwendbarkeit und Recht auf diplomatischen Schutz	666
(1)	Haltung des <i>EuGH</i>	669
(2)	Erfordernis einer Notifikation oder (abgeschlossener) Verhandlungen?	670
cc)	Entschädigung und Schadensersatz bei Nichtgewährung dip- lomatischen Schutzes	671
(1)	Entschädigung bei rechtmäßiger Schutzversagung	671
(2)	Schadensersatz bei rechtswidriger Schutzversagung	671
dd)	Ausschluss der Möglichkeit zum diplomatischen Schutz durch die „ <i>nationality rule</i> “?	672
ee)	Mangelnde Praxisrelevanz?	674
c)	Diplomatische Schutzpflicht der Gemeinschaft?	676
aa)	Begründung einer eigenständigen diplomatischen Schutz- pflicht der Gemeinschaft	676
bb)	Schutzpraxis	679

cc)	Indirekter Schutz aus <i>Art. 130u II EGV</i>	687
(1)	(Objektive) Verfassungsrechtliche Pflicht zur Aufnahme von „Menschenrechtsklauseln“	688
(2)	Keine selbständige menschenrechtliche Kompetenz	689
(3)	Reaktionsmöglichkeiten bei Fehlen einer Menschenrechtsklausel	690
(4)	Bedeutung des IPbürgR	690
dd)	Schadensersatz und Entschädigung bei Nichtgewährung diplomatischen Schutzes	690
(1)	Schadensersatz	690
(2)	Entschädigung	691
d)	Mögliche Synergieeffekte, Kohärenz und Sichtbarkeit gemeinschaftlicher und mitgliedstaatlicher Schutztätigkeit	694
e)	Exkurs: Diplomatischer Schutz und Beitrittsverhandlungen	695
4.	Schutz vor Naturkatastrophen	700
a)	Bisherige Rechtsprechung	700
b)	Schutzpraxis	701
c)	Neuere Entwicklungen in der Rechtsprechung	704
d)	Heranziehung des Schutzstandards der <i>EMRK</i>	705
5.	Schutz künftiger Generationen	706
6.	„Drittwirkung“	707
7.	Verhältnismäßigkeit von Schutz <i>und</i> Eingriff (Übermaß-, nicht Untermaßverbot)	710
V.	Europäische Menschenrechtskonvention (<i>EMRK</i>)	712
1.	Die Entwicklung der Rechtsprechung	712
a)	Allgemeines	718
b)	Abhängigkeit der positiven Pflichten von der Weite des Eingriffsbegriffs	719
aa)	Kein Eingriff bei Streit zwischen Privatpersonen?	721
bb)	Differenzierung zwischen „Eingriff“ und „Eingreifen“	721
cc)	Einschlägigkeit der Abwehrfunktion auch bei einem Streit zwischen privaten Individuen	723
dd)	Rechtsprechung der <i>KomMR</i> (insbes. zum [Individual-] Arbeitsvertrags- bzw. Kündigungsrecht)	724
ee)	Vorliegen einer <i>direkten</i> Beeinträchtigung: Zur klaren Abgrenzung untauglicher, wertungsausfüllungsbedürftiger Begriff	726
ff)	Zwischenergebnis: Keine klare Abgrenzung zwischen positiven Pflichten und Eingriffen	726
c)	Rolle des <i>Art. 1 EMRK</i>	727
d)	„Positive Pflichten“ aus Einzelgarantien	729
aa)	<i>Art. 2 EMRK</i>	730
(1)	Allgemeines	730
(2)	Einzelfälle	734

(a)	Schwangerschaftsabbruch.....	734
(b)	Arzthaftung.....	737
(c)	Ableitung allgemeiner organisations- und verfahrensrechtlicher Anforderungen aus positiven Pflichten.....	737
(d)	„Öffentliches Interesse“ am Lebensschutz bzw. „Recht“ der Vertragsstaaten zum Schutz vor Selbstmord.....	741
(e)	„Auslieferungsfälle“.....	741
bb)	Art. 3 EMRK.....	744
(1)	Allgemeines.....	744
(2)	Prügelstrafen-Fälle.....	748
(a)	<i>Staatliche</i> Prügelstrafen und Prügelstrafen in <i>staatlichen</i> Schulen.....	748
(b)	Prügelstrafen in <i>Privatschulen</i>	748
(c)	Prügelstrafen durch (Stief-) Eltern oder andere <i>Private</i>	750
(3)	Auslieferung, Ausweisung und Deportation bzw. Abschiebung.....	752
(a)	Schutz vor Grundrechtsverletzungen durch Drittstaaten.....	755
(b)	Schutz vor Grundrechtsverletzungen durch private Dritte im Ausland.....	755
(c)	Schutz vor unpersonalen Risiken.....	762
(d)	Einzelfallabhängigkeit.....	767
(e)	Irrelevanz der Bedrohungsherkunft und Übertragung auf weitere Einzelgarantien.....	768
(4)	Ableitung allgemeiner organisations- und verfahrensrechtlicher Anforderungen aus positiven Pflichten.....	770
cc)	Art. 5 EMRK.....	771
(1)	„Grundrecht auf Sicherheit“ – Schutz vor Angst bzw. Furcht?.....	771
(2)	Positive Pflichten aus Art. 5 EMRK?.....	773
(3)	Anwendung der <i>Soering</i> -Rechtsprechung auf Art. 5 I EMRK.....	776
(4)	Art. 5 V EMRK.....	776
dd)	Art. 6 EMRK.....	777
(1)	Allgemeines.....	777
(a)	Schutzpflichten aus Art. 6 EMRK?.....	777
(b)	Prozesskostenhilfe als Eingriffskompensation und Gerichtsgebühren als Eingriff in das Recht auf Zugang zu Gericht gem. Art. 6 I EMRK.....	779
(2)	Schutzpflicht für die Unschuldsumutung aus Art. 6 II EMRK?.....	780

(3) „Indirekter“ Schutz von Grundrechtsgütern durch <i>Art. 6 EMRK</i>	782
(a) Opferentschädigung und Schadensersatzprozesse ..	783
(b) Mietstreitigkeiten und Kündigungsschutzprozesse .	784
(c) (Atomrechtliches) Genehmigungsverfahren und Nachbarklagen	786
(d) Kein Anspruch auf Strafverfolgung Dritter aus <i>Art. 6 I EMRK</i> – Rechte des Opfers im Strafver- fahren.....	789
(e) Allgemeine Weiterungen in der Rechtsprechung: Grundrechte als „civil rights“.....	791
(4) <i>Art. 6 EMRK</i> als sekundäres Schutzmittel	792
(5) Schutz vor privaten Behinderungen gerichtlicher Gel- tendmachung von Rechten.....	793
ee) <i>Art. 8 EMRK</i>	794
(1) Pönalisierungspflichten.....	796
(a) Allgemeines	796
(b) Abstrakte Gefährdungsdelikte.....	798
(c) Gesamtbetrachtung der Schutzmaßnahmen.....	799
(aa) Gesamtbetrachtung gesetzlicher Schutzmittel aus verschiedenen Rechtsgebieten	799
(bb) Strafrechtsimmanente Gesamtbetrachtung ...	800
(d) Subjektives Recht auf Strafverfolgung und prozes- suale Durchsetzung	801
(e) Unverhältnismäßiger Schutz durch Kriminalisie- rung (auch) des „Opfer“-Verhaltens.....	801
(f) Beachtung des Grundsatzes <i>nulla poena sine lege</i> (<i>Art. 7 I EMRK</i>).....	803
(2) Familienrecht i. w. S.....	803
(a) Entwicklung familiärer Verbundenheit	803
(b) Rechte des Vaters beim Schwangerschaftsabbruch .	805
(c) „Familienfreundliche“ Arbeitszeiten	806
(d) Schutz der „Restfamilie“ nach Scheidung oder Trennung.....	806
(e) Familiennachzug	807
(f) Sonstiges.....	807
(3) Transsexuellenrecht.....	809
(4) Ehrenschutz	810
(5) Umweltrecht	811
(6) Schutz der Privatsphäre und Pressefreiheit am Beispiel der <i>Paparazzi-Praxis</i>	812
(7) Schutz vor Telefonterror und sonstigen „Belästigun- gen“	813
(8) Datenschutz	816

	(9) Durchsetzung von Räumungsansprüchen und Mieterschutz	818
	(10) Ärztliche Heilbehandlungen	819
ff)	<i>Art. 9 EMRK</i>	819
	(1) Schutz vor Proselytismus	821
	(2) Schutz vor (sog. Jugend-) Sekten (und [sonstigen] Psychogruppen)	822
	(a) Sorgerechtsentscheidungen	823
	(b) Warnung vor Jugendsekten	824
	(c) Staatliche präventive Kontrollbefugnisse im Hinblick auf Sekten	827
	(3) Schutz vor Fundamentalismus	827
	(4) Schutz „religiöser Gefühle“?	829
	(a) Schutz vor (ungewollter) Konfrontation mit antireligiösen (medialen) Meinungsäußerungen oder antireligiöser (Film-) Kunst	830
	(b) Schutz vor Anti-Sekten-Kampagnen	834
	(c) Schwangerschaftsabbruch und Religionsfreiheit ...	835
	(5) „Religiöser“ Kündigungsschutz	835
	(6) „Religiöse Grundversorgung“ in „Sonderstatusverhältnissen“	837
gg)	<i>Art. 10 EMRK</i>	837
	(1) Schutz bzw. Aufrechterhaltung des Pluralismus	838
	(2) Recht auf Information	839
	(3) Objektivrechtliche Funktionen	841
	(4) Positive Pflichten aus <i>Art. 10 II EMRK</i> im Hinblick auf andere Konventionsgarantien	842
	(5) Schutz vor privaten gewalttätigen Angriffen auf die Pressefreiheit	843
hh)	<i>Art. 11 EMRK</i>	843
ii)	<i>Art. 12 EMRK</i>	844
jj)	<i>Art. 13 EMRK</i>	844
kk)	<i>Art. 14 EMRK</i>	846
	(1) Ansätze für positive Pflichten aus <i>Art. 14 EMRK</i>	846
	(2) Skepsis in der Literatur	849
	(3) Stellungnahme	850
ll)	<i>Art. 34 S. 2 EMRK (ex 25 I 2)</i>	852
mm)	<i>Art. 1 I. ZP EMRK</i>	853
nn)	<i>Art. 2 I. ZP EMRK</i>	856
oo)	<i>Art. 3 I. ZP EMRK</i>	857
	(1) Repräsentation als Bestandteil des Rechts auf Schutz – Minderheitenschutz und „positive Diskriminierungen“ ..	857
	(2) Positive Pflicht der Vertragsstaaten zur Organisation demokratischer Wahlen	859

e)	Schutz vor Naturkatastrophen	859
aa)	Tatsächlicher Schutz	860
bb)	Rechtlicher (gesetzlicher) Schutz	861
f)	Diplomatische Schutzpflicht	862
g)	Schutz künftiger Generationen	865
h)	Schutz vor bzw. gegen sich selbst?	866
i)	Beobachtungs- und Forschungs- sowie Nachbesserungspflichten	867
j)	Kontrolldichte	869
aa)	Allgemeines zur <i>Margin</i> -Rechtsprechung: Grundsätzliche Abhängigkeit der Kontrolldichte von der Intensität der Grundrechtsbetroffenheit	871
bb)	Fallgruppen	873
(1)	Internationalgerichtliche Besonderheiten	874
(a)	Grundsätzlich bessere Eignung nationaler Instanzen	875
(b)	Kein gemeinsamer europäischer Standard	876
(2)	Sachliche Besonderheiten	882
(a)	Übergangs-Recht	882
(b)	Komplexität	883
(c)	Sachverhalte mit Auslandsberührung – diplomatischer bzw. Auslandsschutz	885
(d)	Kein (oberstes) Rechtsmittelgericht	885
(e)	Abhängigkeit von der Haushaltslage	887
(f)	Evidenzkontrolle: Subjektiver (innerer) und objektiver (äußerer) Test	887
(g)	Willkürkontrolle	888
(h)	Grundsatz des praktischen, adäquaten und effektiven Schutzes	888
(i)	Wahrung der Gewaltenteilung in den Vertragsstaaten	889
(j)	Subsidiarität?	890
(k)	Wesensgehalt als Grenze des margin?	890
2.	Die Haltung der Literatur	890
a)	Formelle und materielle Ableitung	890
aa)	„Formelle“ Ableitung (Lebensschutz als allgemeines Rechtsprinzip)	891
bb)	„Materielle“ Ableitung („Drittwirkung“ – Menschenwürde – Effektivitätsargument)	891
cc)	Stellungnahme	892
b)	<i>Art. 1 EMRK</i>	893
aa)	(Hier sog.) <i>Garantenthese</i>	894
bb)	(Hier sog.) <i>Relative Redundanzthese</i>	894
cc)	Stellungnahme	894
c)	Dynamische Auslegung und Effektivitätsprinzip	895

d)	Abwehrrechtliche Lösung	896
3.	Abgrenzung oder Konvergenz von positiven und negativen Pflichten?	898
a)	Beschränkung der negativen Pflichten auf unmittelbares behördliches Handeln oder Nichthandeln	898
b)	Dreistufige Prüfung	898
c)	Stellungnahme: Die Abhängigkeit vom Eingriffsbegriff und von diesem ausfüllenden Wertungen	899
4.	„Drittwirkung“	900
a)	(Hier sog.) <i>Ablösungsthese</i>	900
b)	(Hier sog.) <i>Aufhebungsthese</i>	901
c)	Positive Pflichten als Gegenstand der Drittwirkung – (hier sog. <i>umfassende Drittwirkungsthese</i>)	903
d)	Stellungnahme	903
5.	Zwischenergebnis	909
VI.	Verfassungen der Mitgliedstaaten	909
1.	Auswahlgesichtspunkte	910
a)	Ländergruppen	911
aa)	Österreich	911
bb)	Irland	917
cc)	Frankreich	919
(1)	Allgemeines	920
(a)	Objektives Grundrechtsverständnis	920
(b)	Subjektivierungsproblem	921
(c)	Durchsetzungsproblem	921
(2)	Einzelfälle	923
(a)	Unergierigkeit der ausdrücklich gewährleisteten „Sicherheit“ in <i>Art. 2 S. 2 MRE</i>	923
(b)	Schutz vor Fundamentalismus	923
(c)	Pluralismus als Verfassungswert	925
(3)	Zwischenergebnis	926
dd)	Vereinigtes Königreich	927
(1)	Sonderstellung	927
(2)	Schutzpflicht-Entscheidungen – der Sache nach	931
b)	Themengruppen	933
aa)	Abtreibung	933
bb)	Umweltschutz	939
cc)	Terrorismus	941
dd)	Diplomatischer Schutz bzw. Auslandsschutz	948
(1)	Allgemeines	948
(2)	Kontrolldichte	949
ee)	Pluralismus	953
(1)	Österreich	953

(2) Weitere Ansätze	954
ff) Pönalisierungspflichten	956
gg) Schutzpflichten aus dem Gleichheitssatz	959
2. Gemeinsame Problemlösungsstrategien: Technikfolgenabschätzung als Beispiel	960
3. „Drittwirkung“	963
4. Kontrolldichte	967
5. Durchsetzungsproblem	968
6. Zwischenergebnis	975
VII. Sonstige Völkerrechtstexte	976
VIII. Praxis des Schutzes in der Gemeinschaft	977
1. Rechtlicher Schutz	978
a) Vorbemerkung: Irrelevanz der Zuordnung zu einem bestimmten Rechtsgebiet	978
b) Rechtliche Instrumente des Schutzes	982
aa) Grundsatz der Wahlfreiheit	982
(1) Allgemeines	982
(2) Verordnung	984
(3) Empfehlung	984
bb) Uneigentliche Rechtsinstrumente	985
cc) Nachbesserung durch Wechsel des Rechtsinstruments	987
c) Beispiele des Schutzes	988
aa) Nichtrauchererschutz	988
bb) Datenschutz	990
cc) Strafrecht	992
dd) Diplomatischer bzw. Auslandsschutz	995
2. Tatsächlicher Schutz	997
a) Forschung	997
aa) Allgemeines	997
bb) Kein Vorbehalt amtlicher Erkenntnis	1001
b) Beobachtung	1003
aa) Allgemeines	1003
bb) Berichtspflichten	1004
cc) Eigenständige Beobachtungsstellen oder Agenturen	1005
dd) Einbeziehung Privater in die Beobachtung	1008
c) Statistik	1008
d) Aufklärung und Information, Erziehung, Aus- und Fortbildung	1012
aa) Aufklärung und Information	1012
bb) Erziehung	1013
(1) Allgemeines	1013
(2) Europäische und/oder mitgliedstaatliche Erziehungs- ziele	1014
cc) Aus- und Fortbildung	1015

e)	Andere tatsächliche Schutzmittel	1016
3.	Nachbesserung	1016
a)	Rechtsprechung	1016
aa)	Allgemeines	1016
bb)	Aufrechterhaltung der Wirkungen eines für nichtig erklärten Rechtsakts	1020
cc)	„Nachbesserung“ durch Mitgliedstaaten nach <i>Art. 95 EGV (ex 100a)</i> – Schutz-Effektivität versus Missbrauchskontrolle und Einhaltung des Verfahrensrechts	1022
(1)	Konstitutive oder deklaratorische Wirkung der Prüfungs-Entscheidung der Kommission?	1023
(2)	Stellungnahme aus schutzrechtlicher Sicht	1024
b)	Praxis der Gemeinschaftsorgane	1025
4.	Abgestufter Schutz und Gleichheitssatz	1026
a)	Allgemeines	1026
b)	Sachmaterienbezogener abgestufter Schutz	1028
c)	„Mindestharmonisierung“	1029
d)	Mitgliedstaatendifferenzierter Schutz	1031
e)	Gleichbehandlung von Frauen und Männern	1033
5.	Bemühens- und/oder Erfolgspflichten?	1034
IX.	Kontrolldichte	1037
1.	Allgemeines: Evidenzkontrolle als Grundsatz	1038
2.	Anwendung der Evidenzkontrolle auf gemeinschaftliche Schutzpflichten	1040
3.	Evidenzkontrolle bei der Erfüllung von Schutzpflichten aus Grundfreiheiten durch die Mitgliedstaaten	1045
4.	Evidenzkontrolle bei der beamtenrechtlichen Fürsorgepflicht	1047
5.	Evidenzkontrolle bei der „abwehrrechtlichen Lösung“	1047
6.	Kontrolldichte bei Sachverhalten mit Auslandsberührung	1049
7.	Auseinanderfallen von Handlungs- und Kontrollnorm	1050
C.	Ergebnisse der Untersuchung	1051
I.	Der Siegeszug der „objektiven Wertordnung“	1051
II.	Die Schutzpflicht als „europäisches Gemeingut“	1056
III.	Die abwehrrechtliche Lösung	1056
D.	Exkurs: Eine Allgemeine Gemeinschaftslehre als Desiderat	1058
I.	Das Bedürfnis nach einer Allgemeinen Gemeinschaftslehre	1059
II.	Übertragung des Vertragsgedankens auf die Gemeinschaft	1061
1.	Regulative Ideen: Vertrag der Bürger oder Vertrag der Mitgliedstaaten als Stellvertreter der Bürger	1061
2.	Brauchbarkeit des Vertragsgedankens in der „Risiko-Gemeinschaft“	1063
3.	Erheblichkeit grundsätzlicher Bedenken gegen die <i>Hobbessche</i> Staatsphilosophie?	1063
III.	Zwischenergebnis	1065

*Dritter Teil***(Mögliche) Praktische Folgerungen**

1067

A.	Die Konkurrenz von Schutz-Gemeinschaft und Schutz-Staat	1067
I.	Gemeinsame und geteilte Verantwortlichkeiten	1068
1.	Rechtliche Möglichkeit zum Schutz als Grund und Grenze der Schutzpflicht	1069
2.	Reservefunktion bzw. Garantenstellung der Gemeinschaft	1070
3.	Vollzugskontrolle schutzpflichtrelevanter Gemeinschaftsmaßnahmen durch die Kommission	1070
4.	Notkompetenzen bzw. Sachwalterschaft der Mitgliedstaaten	1072
5.	Kollektive Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten	1074
6.	Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in schutzpflichtrelevanten Fällen	1074
II.	Die Einhaltung der Kompetenzordnung: Formelles Prinzip versus Effektivität – Ein „Mehrebenenmodell“	1075
III.	Privatisierungs- und Deregulierungspotentiale	1075
1.	Allgemeines	1076
2.	Schutzpflicht-Erfüllung durch „freiwillige“ Selbstverpflichtungen	1077
3.	Richtlinienumsetzung durch Private	1078
4.	Europäische Normung	1079
5.	Privatisierung und positive Pflichten aus der <i>EMRK</i>	1079
6.	Zwischenergebnis	1081
B.	Schutzpflichtkonforme Auslegung	1081
C.	Unmittelbare horizontale Richtlinien-Wirkung aus Gründen der (gemeinschafts-) grundrechtlichen Schutzpflicht?	1082
I.	Gemeinschafts- oder mitgliedstaatsgrundrechtliche Schutzpflichten?	1084
1.	Erforderlichkeit einer gemeinschaftsrechtlichen Auslegung	1085
2.	Sperrwirkung	1085
II.	Gesetzesmediatisierung	1085
1.	Veröffentlichung	1087
2.	Rechtssicherheit	1088
3.	Demokratiethoretische Bedenken	1089
4.	Zwischenergebnis	1092
III.	Ausschließliche Grundrechtsgemäßheit einer Verordnung zur Erfüllung von Schutzpflichten (hier sog. <i>Inkonsequenz-Argument</i>)	1092
IV.	Besonderes Normgefüge des <i>Art. 249 EGV (ex 189)</i>	1093
V.	Exkurs: Einsatz der Schutzfunktion zur Vollzugseffektuierung umgesetzten Richtlinienrechts	1096
D.	Sekundärer Schutz: Herleitung eines gemeinschaftlichen Rechtsschutzanspruchs aus dem Schutzpflichtgedanken	1097

I.	Ableitung eines gemeinschaftlichen Rechtsschutzanspruchs gegen (gemeinschafts-) grundrechtsgefährdende Mitgliedstaaten aus dem Schutzpflichtgedanken?	1097
II.	Sekundärer Schutz gegen (gemeinschafts-) grundrechtsbeeinträchtigende private Dritte	1098
E.	Tertiärer Schutz: Gemeinschafts- und Staatshaftung	1100
I.	Haftung nur bei Kompetenz	1100
II.	Residualverantwortlichkeit und -haftung der Mitgliedstaaten	1102
1.	Haftung nach der <i>Francovich</i> -Doktrin	1102
2.	Haftung nach <i>nationalen</i> Rechtssätzen	1103
a)	Haftung für <i>rechtswidrige</i> Schutzversagung bei bestehendem Gestaltungsspielraum	1103
b)	Haftung für <i>rechtmäßige</i> Schutzversagung nach dem Aufopferungsgedanken	1103
III.	Fortbestehende Vertragsverletzung trotz Schadensersatz oder Entschädigung	1104
F.	Schutzpflichten als Argument zur Beschränkung von Grundrechten und Grundfreiheiten	1104
G.	Diplomatischer Schutz der Mitgliedstaaten gegen Rechtsakte der <i>EG</i> bzw. deren Unterlassung?	1105
H.	Diplomatischer Schutz der Mitgliedstaaten gegen gemeinschafts(grund-)rechtswidriges Verhalten anderer Mitgliedstaaten?	1108
I.	Schutzpflicht gegen Inländerdiskriminierung?	1108
I.	Begriff der Inländerdiskriminierung	1109
II.	Verfassungsrechtliche Ansatzpunkte	1109
III.	Einschlägigkeit der Schutzfunktion?	1110
1.	Schutzpflichttauglichkeit des Gleichheitssatzes	1110
2.	Einschlägigkeit der Abwehrfunktion	1110

Vierter Teil

Zusammenfassung in Thesen	1112	
A.	Deutsches Recht – Erster Teil	1112
B.	Die abwehrrechtliche Lösung – Erster Teil: B.II.4. und C.	1125
C.	Gemeinschaftsrecht – Zweiter Teil	1127
D.	Recht der <i>EMRK</i> (rechtsgrundsätzlich) – Zweiter Teil: B.V.	1135
E.	Recht der Mitgliedstaaten (rechtsgrundsätzlich) – Zweiter Teil: B.VI.	1144
F.	Schutzpraxis der Gemeinschaft und Kontrolldichte – Zweiter Teil: B.VIII. und IX.	1146
G.	Ergebnisse zum Gemeinschaftsrecht – Zweiter Teil: C.	1148

H. Allgemeine Gemeinschaftslehre als Desiderat – Zweiter Teil: D.	1149
I. Praktische Folgerungen – Dritter Teil	1149
Anhang: Das sog. <i>logische</i> bzw. <i>deontische</i> (oder: <i>Normen-</i>) <i>Quadrat</i>	1153
Literaturverzeichnis	1154
Personen- und Sachverzeichnis	1239

Abkürzungen und Erläuterungen¹

a.(ao.)	and (another); auch
AB(-Rep.)	Appellate Body (Report [Ber.d. Berufungsinstanz im WTO-Streitbeilegungsverfahren – wto.org/]); Aktiebolag (schwed. AG)
Abg.	Abgeordnete/r
abgedr.	abgedruckt
AbkVerz.	Abkürzungsverzeichnis
a/Abl.	ablehnend/Ablehnung
a/Abschl.	abschließend/Abschluss
abspr.	absprechend
abst.	abstellend/abstellt
AC	Appeal Cases (Z., VK) ²
a.d.	an der
ADG	AntidiskriminierungsG
AdR	Aussch.d. Regionen (EG)
Adr.	Adresse
A-Drs.	(BT/BR-) Aussch.-Drucksache
ä/Ähnl.	ähnlich/Ähnliches
AEMR	Allg. Erkl.d. Menschenrechte (Universal Declaration of Human Rights) d. VN
AFA	Anti-Folterausschuss

¹ Einschließlich der – soweit vorhanden – *Internet-Adressen*. (URL; jew. ohne „http://www.“). Diese finden sich bei den jew. Abk.d. (meist) zit. Tages- u. Wochenzeitungen sowie -zeitschriften *mit – (noch) gebührenfreiem – online-Angebot*. in Klammern. Gleiches gilt für die „Homepages“ („Heimatseiten“) von Gerichten, Behörden u.dgl.m. Ihre zwischenzeitliche Änderung ist angesichts der Schnelllebigkeit dieses Mediums zwar jederzeit möglich. Sie werden hier gleichwohl aufgenommen, weil ihre Inhalte u.U. über Internet-Archivdienste wie z.B. *ALEXA* (alexa.com) auch noch nach ihrem „Verschwinden“ aus dem Netz aufgefunden werden können.

Dem AbkVerz. liegen i. Ü. u. a. zugrunde:

- *Hildebert Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4., ern. u. erw. Aufl., Berlin/New York 1993,
- BERTELSMANN – Die neue deutsche Rechtschreibung, Gütersloh 1999, sowie
- Rat der EU, Abkürzungen. Mehrsprachiges Abkürzungsverzeichnis, Brüssel/Luxemburg 1994.

Allgemein gebräuchliche u. in diesen Werken o.w. auffindbare Abk. wurden hier i. d. R. nicht eigens aufgenommen.

² Bei ausl. Zeitschriften (Z.) wird a.E. des Klammerzusatzes das Erscheinungsland angeführt. Gleiches gilt für aufgenommene Schriftenreihen (SR).

afr.	afrikan.
Afz.(i.O.)	Anführungszeichen (im Original)
(HM) A.G.	(engl. [Her Majesty's]/ir.) Attorney General (Generalstaatsanwalt)
AI	Amnesty International; Auslandsinformationen (Z., s. KAS-AI)
AJIL	American Journal of Internat. Law (Z., USA)
AK	Alternativkomm.; Arbeitskreis
akt.	aktualisiert
AKU	Arbeitskreis f. UmweltR
al.	alinéa (frz. f. Abs.)
All(.)E(.)R(.)	(The) All England (Law) Reports (Annotated; Z., VK)
allenf.	allenfalls
allerd.	allerdings
allg.(d.)	allgemein (dazu)
Alt.	Alternative
(us-) am.	(us-) amerikan.
ami	antimilitarismus information. MonatsZ. f. Friedensforschung u. Friedensbewegung
AMRK	Am. Konv. über Menschenrechte
Anfr.	Anfrage/n
angebl.	angeblich
anges.	angesichts
a/Anh.	anhand/Anhang
anl.	anlässlich
a/Ans.	ansehend/Ansicht
ans.	ansonsten
anschaul.	anschaulich
a/Anschl.	anschließend/Anschluss
Anspr.	Anspruch
Antw.(v.)	Antwort/en (von)
a.o.	and others
appl.	applicant (ASt., Kl.)
APuZ	Aus Pol. u. Zeitgeschichte. Beil. zur Wochenzeitung Das Parlament
ARA	Anti-Rassismusausschuss
ArbR/arbrl.	ArbeitsR/arbeitsrechtl.
a/Arg.	argentin./Argument/e
Art. 26	Gesetzesprüfungsverf. nach Art. 26 irV (präventive Normenkontrolle)
A/S (a/s)	Aktieselskab (dän. Aktiengesellschaft)
ASBL/	association sans but lucratif (frz. G.o.E.)
a(.)s(.)b(.)l(.)	
a/Ass.	assistant/Assemblée
Ast.	Antragsteller
AT	Assistententagung

AU	(Rep.) Österreich (od. Öst.)
Auditor IV	„Geistlicher der Stufe IV“ (Scientology-Slang)
aufgr.	aufgrund
Aufs.	Aufsatz
ausdr.	ausdrücklich/en
ausf.(d.[u./o.u.; zul.])	ausführl. (dazu [unten/oben unter; zuletzt])
Ausg.	Ausgabe
a/Ausl.	ausländ./Ausland
A/ausn(w).	Ausnahme/ausnahmsweise
ausr.	ausreichend
Aussch.	Ausschuss
ausweisl.	ausweislich
auszw.	auszugsweise
AV	Amsterdamer Vertrag
B(. [GE])	Belgien; Bericht (d. KomMR [über gütliche Einigung gem. Art. 28 II EMRK a.F.]); Verlagsbeilage(n) (F.A.Z.); Beschluss
bailii	British And Irish Legal Information Institute (bailii.org)
BALE	Bundesanstalt f. Landwirtschaft u. Ernährung
bayPAG	bay. PolizeiaufgabenG
baySchwHEG	bay. SchwangerenhilfeergänzungsG
bayV	bay. Verf.
bayVerfGH	bay. VerfassungsGH
bayVGH	bay. VerwaltungsGH
BaZ	Basler Zeitung (baz.ch)
bbgPolG	brandenburg. PolizeiG
bbgV	bbg. Verf.
bbgVerfG	bbg. Verfassungsger.
BBS	Baby-Bottle-Syndrom
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
BC	Banjul Charta d. Menschenrechte u. Rechte d. Völker
BdV	Bund d. Vertriebenen
BE	Begründungserwägung (Erwägungsgrund); Berichterstatter; Entsch. d. HCR zur Begründetheit
B/begr.(v.)	Begriff; Begründer/begründet (von)/Begründung
Beh.	Behörde
bej.	bejahend
bekr.	bekräftigt
belgCE	belg. Conseil d'État (Staatsrat – raad/vst-consetat.be/)
belgV	(Koordinierte) belg. Verf. v. 1994
Bem.	Bemerkung
b/Ber(spez).	berechtigt; bereichsspezif.; bereits; Bericht (z.B. d. KomMR, aber a. Zeitungs- sowie Berichte d. Kom.)

BerDtGesVR	Ber.d. dt. Gesellschaft f. VR (SR)
Beschw. (Nr.)	Beschwerde (Nummer)
Bespr.-Aufs.	Besprechungsaufsatz
best.(d.[d.])	bestätigt (durch [den]); bestimmt
betw.	between (zw.)
b/Bez.	bezeichnend/Bezeichnung
BfB	„Bund freier Bürger. Offensive für Deutschland – Die Freiheitlichen“
BGer	(schweiz.) Bundesger. (bger.ch)
BH	Föderation v. Bosnien u. Herzegowina
BI	Bürgerinitiative
bibl.	bibliographisch
(26.) BImSchV	VO zur Durchführung d. BImSchG (über elektromagnet. Felder)
BJC	Boletín de jurisprudencia Constitucional (Z., SP)
BKA	(öst.) Bundeskanzleramt
BLM	Bay. Landeszentrale f. neue Medien
BMO	Bananenmarktordnung
BOE	Boletín Oficial del Estrado (Z., SP)
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie (Rinderenzephalopathie, ugs. sog. Rinderwahnsinn – engl.: „mad cow“, frz.: „la vache folle“)
BSt.	Beamtenstatut (d. EG)
BT	(Dt.) Bundestag
bürgerl.	bürgerlich
BUL	Bulgarien
bulg.	bulgarisch
Bull.dr.h.	Bulletin des droits de l’homme et des libertés fondamentales (Z., Lux.)
BuZ	Bilder u. Zeiten (Tiefdruckbeil. d. F.A.Z.)
BVerfG	Bundesverfassungsger. – bverfg.de (alle Entsch. seit 1998 im Volltext)
BVerwG-DAT	Rspr.d. BVerwG auf CD-ROM. Konzentrierte Darstellung v. Urt. u. Beschl. mit VeröffNachw. Hrsg.v. den Mitgliedern d. Ger.
B-VG	(öst) Bundes-VerfassungsG (1920 i. d. F.v. 1929).
BVG	(öst) BundesverfassungsG
BVG-UU	(öst) BundesverfassungsG über den umfassenden Umweltschutz
bwStGH	baden-württemberg. StaatsGH
bwVGH	bw. VerwaltungsGH
BZ	Berliner Zeitung (BerlinOnline.de/aktuelles/berliner_zeitung/)
c.	considérant (BE in frz. Entsch.)
C	Cour (in Am. d. EuGH)
CA (CD)	(engl.) Court of Appeal (Criminal Division) – Courtservice. gov.uk/judgments/judg_home.htm; s.a. bailii.org.

CAN	Kanada (s.a. Kan.)
CC	(frz.) Code Constitutionnel; (frz.) Conseil Constitutionnel (s. dort)
CCE	Commissioners of Customs and/ & Excise (engl. Zoll- u. Steuerbeh.)
CD	Collection of Decisions/Recueil de Décisions. European Commission of Human Rights/Commission Européenne des Droits de l'Homme (amtl.Slg.d. Entsch.d. KomMR v. 1960 bis Dezember 1974; ab 1975: DR, s. ebd.)
CDE	Cahiers de Droit Européen (Z., B)
CE	(frz.) Conseil d'Etat (conseil-etat.fr.)
CED	Cuadernos Europeos de Deusto (Z., SP)
CEMT	Conference Européenne des Ministres des Transport (Eur. Verkehrsministerkonferenz)
CERI	Commission européenne contre le racisme et l'intolérance (s. KomRI)
CFSS	Carl Friedrich v. Siemens Stiftung
CG	(frz.) Commissaire du Gouvernement
CGG	Commission on Global Governance (cgg.ch)
c.g.s.	cum grano salis (mit Einschränkung[en]; nicht ganz wörtl.)
CH	Schweiz
chil.	chilenisch
chin.	chinesisch
CHO(E)M	Common Heritage of (European) Mankind
CIEC	Commission internat. de l'état civil
CIJ	s. IGH
CJ	Chief Justice (IRL)
CJK	Kreuzfeldt-Jacob-Krankheit (engl.: CJD)
CKS	<i>Constantinesco/Kovar/Simon</i> (Komm. zum EUV – s. LitVerz.)
CLJ	Cambridge Law Journal (Z., VK)
C.M.L.R.	Common Market Law Reports (Z., NL)
CML Rev.	Common Market Law Review (Z., NL)
Co(.)	Compagnie; Company
CO	Concluding Observations (abschl. Bem., z.B. d. ARA)
concl.	conclusion
CR	<i>Calliess/Ruffert</i> (Komm. zum EU/EGV – s. LitVerz.)
CS (I/OH)	(schott.) Court of Session (Inner/Outer House) – scotcourts.gov.uk/pages/supreme_opinions.htm ; s.a. bailii.org .
CSA	(frz.) Conseil Supérieur de l'Audiovisuel.
D	(BR) Dtschl.
dänV	dän. Verf.
dagg.	dagegen

DANI	Department of Agriculture for Northern Ireland (Fischereiabteilung f. Nordirland)
DC	Décisions concernant la conformité à la Constitution (art. 54, 61) (Entsch. d. frzCC betr. die Verfassungsmäßigkeit nach Art. 54, 61 frzV); Divisional Court (VK)
DDH	(frz.) Déclaration des Droits de l'Homme (et du Citoyen; s. MRE)
DDRV 1974	Verf. d. DDR v. 1974
dem.	demokratisch
demn.	demnächst
desh.	deshalb
deswg.	deswegen
deutl.	deutlich
dez.	dezidiert
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DG	Directorate-General (Generaldirektion d. EP/d. Kom.)
DGHS	Dt. Gesellschaft f. Humanes Sterben
diesbzgl.	diesbezüglich
d/Diff.	differenzierend/differenziert; Differenzierung
Digest	Council of Europe. Digest of Strasbourg Case-Law relating to the European Convention on Human Rights, Vol. 1 (Art. 1–5), Köln u. a. 1984
dipl.	diplomatisch
Disk.	Diskussion
Disk.-Beitr./-Ber.	Diskussionsbeitrag/bericht
diss.	dissenting
d/Div.	diverse/Division
DJ	Droit et Justice (SR; B)
DK	(Kgr.) Dänemark
D/dogm.	Dogmatik, dogmatisch
Dok.	Dokument
Dom.Rep.	Dominikan. Rep.
DP	Discussion Paper/Diskussionspapier
DR	Décisions et rapports/Decisions and Reports (amtl.Slg.d. Entsch.d. KomMR seit 1975; s.a. CD); Diário da República (Z., P.)
Dreier	GG-Komm. (s. LitVerz.)
DS	Dtsch. Allg. Sonntagsblatt (sonntagsblatt.de/)
DS(B)	Dispute Settlement (Body – Streitbeilegungsorgan d. WTO, s. AB)
DSG	(öst.) DatenschutzG
d.S.n.	der Sache nach
d.T.	des Tenors
(-)E(.)	(amtl.) Entscheidung(ssammlung)

EAA	Eur. Arzneimittelagentur (Eur. Agentur f. die Beurteilung v. Arzneimitteln; frz.: EMEA [Agence européenne pour l'évaluation des médicaments])
EAGFL	Eur. Ausrichtungs- u. Garantiefonds f. die Landwirtschaft.
EASGA	Eur. Agentur f. Sicherheit u. Gesundheit am Arbeitsplatz
EBDD	Eur. Beobachtungsstelle f. Drogen u. Drogensucht
ebf.	ebenfalls
EBRF	Eur. Beobachtungsstelle f. Rassismus u. Fremdenfeindlichkeit
E(E)C	(z. T.) European (Economic) Community (Treaty – Vertr. zur Gründung d. E[W]G)
ECHO	Amt d. EG f. humanitäre Hilfe (<u>E</u> uropean <u>C</u> ommunity <u>H</u> umanitarian <u>O</u> ffice)
ECHR	European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (EMRK)
ecolex	Fach-Z. f. WirtschaftsR (AU)
ECR	European Court of Justice Reports
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance (s. KomRI)
(ass.) ed(s).	edited; edition; (assistant) editor/s
éd(s).	édité; éditeur/s; édition
EDU	Europol Drugs Unit (Europol-Drogenstelle)
EELR	European Environmental Law Review (Z., VK)
Ef.	Entscheidungsformel
EFTA	European Free Trade Association (Eur. Freihandelsorg. – efta.int/)
EFTA-GH	EFTA-GH (efta.int/docs/Court/Publications/Decision/)
e(.)g(.)	exempli gratia (engl. Abk. f. „for example“ = z. B.)
E-Geld-Produkte	Produkte, bei denen elektron. Geld eingesetzt wird
EGMR	s. EuGHMR
EGPL/GEDP	European Group of Public Law/Groupe Européen de Droit Public
EHB	Eastern Health Board (ir. Gesundheitsbeh.)
EheschlRG	G zur Neuordnung d. EheschließungsR (EheschließungsRG)
EHLASS	European Home and Leisure Accident Surveillance System (Geml. Informationssystem über Haus- u. Freizeitunfälle)
E.H.R.L.R.	European Human Rights Law Review (Z., VK)
e/Einf.	einführend/Einführung
eingel.	eingeleitet
EinlPrALR	Einleitung zum Preuß. Allg. LandR (v. 1794 [Allg. LandR f. die Preuß. Staaten])
e/Einschl.	einschlägig/einschließlich/Einschluss
e/Einschr.	einschränkend/Einschränkung
EJIL	European Journal of Internat. Law (Z., VK)
ELJ	European Law Journal. Review of European Law in Context (Z., VK)
ELR	European Law Reporter (Z., CH)

E.L.Rev. (HR[C])	European Law Review (Human Rights Survey issue [Checklist] – Z., VK)
Empf.	Empfehlung
endg.	endgültig
entgg.	entgegen
Entschl.(-Antr.)	Entschließung(santrag)
entspr.	entsprechend; entspricht
EP	Eur. Parlament (europarl.eu.int/)
EPIL	Encyclopedia of Public Internat. Law
EPTA	European Parliamentary Technology Assessment Network (TA-Netzwerk d. eur. Parlamente)
EPZ	Eur. Pol. Zusammenarbeit
ER	Europarat
erg. (Antw.[v.])	ergänzt; ergänzende (Antwort [von])
ErgLief.	Ergänzungslieferung
e/Erkl.	erklärt/Erklärung
ERPL/REDP	European Review of Public Law/Revue Européenne de Droit Public/Eur. Z. d. öffentl. Rechts/Rivista Europea di Diritto Pubblico (VK)
ersch.	erschienen
ersl.	ersichtlich
ERStW Abt. RW	Enzyklopädie d. Rechts- u. Staatswiss. Abt. Rechtswiss.
erw.	erweitert
ESAK	ESA-Konvention (Convention for the Establishment of a European Space Agency)
ESC	Eur. Sozialcharta (v. 1961)
est.	einstimmig
ESt.	Einkommen(s)steuer
ESTO	European Science and Technology Observatory
ESVLA	Eur. Stiftung zur Verbesserung d. Lebens- u. Arbeitsbedingungen
ET	The (Electronic) Telegraph (telegraph.co.uk)
EtA	Euzkadi ta Azkatasuna (bask. Abk. f. „Baskenland und Freiheit“ – bask. Separatistenorg. [z. T.a.: ETA/Eta])
ETAN	European Technology Assessment Network
ETS	European Treaty Series
EUDUR	Hdb. zum eur. u. dt. UmweltR (s. LitVerz. unter <i>Rengeling</i>)
e.Ü.	eigene Übers.
EuGH	Eur. GH (curia.eu.int/; neueste Entsch. im Volltext unter: curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de)
EuGHE ÖD	Amtl.Slg.d. Entsch.d. EuGH – Amtl.Slg. Öffentl. Dienst
EuGHMR	Eur. GH f. Menschenrechte (echr.coe.int/)
EUI	European University Institute (iue.it/)

EUIWP RSC/LAW	EUI working papers of the Robert Schuman Centre/in Law (SR, It.)
EUK	Komm. zur Eur. Union
EU-Nachr.	EU-Nachrichten (Dokumentationsdienst d. Kom.)
Europol	Eur. Polizeiamt
EUROSTAT	Statist. Amt d. EG (s.a. SAEG)
Eur. Rat	Eur. Rat (d. Staats- u. Regierungschefs)
Eur. VerwR	Eur. VerwaltungsR
EUV	Vertrag über die Eur. Union
EV	Vertr. zw. d. BR Dtschl. u. d. DDR über die Herstellung d. Einheit Dtschl. (Einigungsvertr.)
EvBl.	Evidenzblatt d. Rechtsmittelentsch. (i.d. ÖJZ)
EVMR	Europees Verdrag tot Bescherming van de Rechten van de Mens (EMRK)
ew.Ao.	einstweilige Anordnung
EWI	Eur. Währungsinstitut
ex p.	ex parte (seitens)
F(.)	(Rep.) Frankreich; Fach
f.	folgend; für
F.A.M.	Frankfurter Allgemeine Magazin
Fass.	Fassung
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDA	Food and Drug Administration (us-am. Lebens- u. Arzneimittelbeh.)
FF	Fremde Federn (i.d. F.A.Z.)
FG	Festgabe
FGM	female genital mutilation (engl. f. Geschlechtsverstümmelung bei Frauen – [verharmlosend:] „weibliche Beschneidung“)
FI	Firenze (Florenz)
fin.	finnisch
FIN	Finnland
finRF	fin. Regierungsform (fin. Verf. – Suomen Hallitusmuoto/Regeringsform für Finland, Nr. 94/1919, i. d. F.d. ÄndG Nr. 969/95)
FinV	Finanzvertrag
FJ	Fundamento Jurídico (s. BE)
FL	Fürstentum Liechtenstein
FluglG	G zum Schutz gegen Fluglärm (FluglärmschutzG)
FNP	Frankfurter Neue Presse (fnp.de)
form.	formell
Forts.	Fortsetzung
FP	Fakultativprot. (zum IPbürgR)
FR	Frankfurter Rundschau (fr-aktuell.de)
Frakt.	Fraktion

Freih.	Freiheit (a. in Wortzus.)
FrG	Freundesgabe
frzCC	frz. Conseil Constitutionnel (conseil-constitutionnel.fr/)
frzStPO	französ. StPO (Code de Procédure Pénale [CPP])
frzV	frz. Verf. (Verf. d. [Fünften] Rep. Frankreich v. 4.10.1958)
FS	Festschrift; Fundstelle
FTG	FeiertagsG
FZ	Fuldaer Zeitung (fuldaerzeitung.de)
FZK	Forschungszentrum Karlsruhe
GA	Generalanwalt; General-Anzeiger; Gutachten
gänzl.	gänzlich
GAP	Gem. Agrarpol.; Gem. Aktionsprogramm (jew.d. EG)
GASP	Gemeinsame Außen- u. Sicherheitspol. (Titel V EUV)
GB	Gerichtsbescheid; Großbritannien (England, Schottland u. Wales; s.a. VK); Grünbuch (d. Kom.)
GBA	Generalbundesanwalt
GD	Generaldirektion (d. EP/d. Kom. – s.a. DG)
GdP	Gewerkschaft d. Polizei
GE	gütliche Einigung (gem. Art. 28 II EMRK a.F.)
GEDP	s. EGPL
gek.	gekürzt
gem.(Antw.[v.])	gemäß; gemeinsam (e Antwort [von])
Gem([G]R).	Gemeinschaft(s[grund]recht)
gem.(teilw.)	gem. (teilweise) abweichende Meinung/Gem. Aktion (GASP)
abw.Mein./Akt.	
Gem.Akt.	Gemeinsame Aktionen
gemeur.	gemeineuropäisch
geml.	gemeinschaftl.
gemrl.	gemeinschaftsrechtl.
Gem.StdPkt.	Gemeinsamer Standpunkt
(erst/letzt)gen.	(erst/letzt)genannt
gerl.	gerichtlich
ges/l.	gesamt/gesetzl.
Ges.m.b.H.	GmbH (öst.Abk.)
Gespr.	Gespräche
GF/gfl.	Grundfreiheit (a. in Wortzus.); grundfreiheitl.
GFK	Abkommen über die Rechtsstellung d. Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention); Geml. Förderkonzept
G/gg(.)ü/s/w.	gegen(über/seitig/wärtig); Gegensatz
GgAns./Krit.	Gegenansicht/kritik
Giur.Cost.	Giurisprudenza Costituzionale (Z., It.)
Gl.	Glosse
glltd.	gleichlautend

GMO	Gemeinsame Marktorg.
G.o.E.	Gesellschaft ohne Erwerbszweck
GR/grl.	General Recommendations (Allg. Empf., z.B. d. ARA, s.ebd.); (Rep.) Griechenland; GrundR/grundrechtl.
Gr.	Gruppe
Gr.Anfr.	Große Anfrage
g/Grd(l/s.)	grundsätzlich/Grundsatz; Grundlage
GREUSA	GR in Europa u. USA (s. LitVerz. unter <i>Grabitz</i>)
Grimm	Dt. Wörterbuch (s. LitVerz.)
GrK	Große Kammer (d. EuGHMR [17 Ri])
grundfreihl.	grundfreiheitlich
GSG	GerätesicherheitsG
GTE	<i>Groeben/Thiesing/Ehlermann</i> (Komm. zum EWGV/EGV/EUV – s. LitVerz.)
GV(R)	Gemeur. VerfassungsR; GerichtsverfassungsR
GWJILE	The George Washington Journal of Internat. Law and Economics (Z., USA; off.Abk.: Geo. Wash. J. Int'l. L. & Econ.)
H.	Heft
Habil.	Habilitationsschrift
HarvJMCWPS	Harvard Jean Monnet Chair Working Paper Series (SR, USA – „law.harvard.edu/Programs/JeanMonnet/papers/“ od. „~/jmpapers.html“ bzw. „jeanmonnet-program.org“)
HB	Herri Batasuna (bask.Abk.f. „Vereinigung des Volkes“ – bask. Separatistenpartei)
H.C.	(engl.) High Court; House of Commons (brit. Parl. [Unterhaus] – parliament.uk/)
HCFC	(teilhalogenierte) Fluorchlorkohlenwasserstoff
H.D.	(schwed.) Högsta Domstolen (Oberster GH – hogstodomstolen.se)
Hdb.	Handbuch
H.d.V.	Hervorhebung d. Verfassers
hessStGH/VGH	hessischer StaatsGH/VerwaltungsGH (a.: VGH Kassel)
HFR	Humboldt Forum Recht (jur. Internet-Z. – rewi.hu-berlin.de)
HGIG	(hess.) GleichbehandlungsG
hilfsw.	hilfsweise
hingg.	hingegen
H/hins(l).	Hinsicht (hinsichtl.)
H/hinw.	H/hinweis/end/t
H.(jew.).i.O.	Hervorhebung (jeweils) im Original
hist.	historisch
HKEUV	Handkomm. zum Vertr. über die EU (s. LitVerz. unter <i>Hailbronner/Klein/Magiera/Müller-Graff</i>)

H.L.	House of Lords (brit. Parl. [Oberhaus] u. höchstes Ger. – parliament.uk/ bzw. parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/ld/ldhome.htm; die Entsch. seit dem 16.11.1996 im Volltext unter parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/ld/ld199697/ldjudgmt/ldjudgmt.htm)
HM	Her Majesty('s)
HmbPrivSchulG	PrivatschulG d. Freien u. Hansestadt Hamburg
hoheitl.	hoheitlich
„HOSI“	„Homosexuelle Initiative Wiens“
Hptm.	Hauptmann
Hpts.	Hauptsache
H.R.	(nl.) Hoge Raad (rechtspraak.nl/hoge_raad/)
HRC	Human Rights Chamber ([-BH]; Menschenrechtskammer f. Bosnien u. Herzegowina nach Annex 6 d. <i>Dayton-Abk.</i> – gwdg.de/~ujvr/hrch/hrch.htm); Human Rights Survey issue (Checklist; s. E.L.Rev. – Z., VK)
HRLJ	(The) Human Rights Law Journal (Z., div.)
HStR	Hdb. d. StaatsR d. Bundesrep. Dtschl. (s. LitVerz. unter <i>Isensee/Kirchhof</i>)
htm(l)	Hypertext Markup (Language – Sprache zum Publizieren im Internet)
http	hypertext transfer protocol.
HUR	Hdb. d. UmweltR (s. LitVerz. unter <i>Himmelmann/Pohl/Tünnesen-Harmes</i>)
HVR	Hdb. d. VerfassungsR (s. LitVerz. unter <i>Benda/Maihofer/Vogel</i>)
i.A.a./d.	im Anschluss an/daran
IAT	Immigration Appeal Tribunal (Einwanderungsberufungsger., VK)
i.A.z.	in Abgrenzung zu/r
i.B.a.	in Bezug auf
IBA	Important Bird Areas; Inventory of Important Bird Areas in the European Community v. Juli 1989
i.B.g.	in Bezug genommen
ICC	Internat. Criminal Court.
ICCPR	Internat. Covenant on Civil and Political Rights (s. IPbürgR)
ICJ	s. IGH
ICTY	Internat. Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (internat. Strafger. f. das ehemalige Jugoslawien; frz.: TPIY [s. dort] – un.org/icty)
i.d.	in dem/der
IDA	Interchange of Data betw. Administrations (Datenaustausch zw. Verwaltungen)
i.d.S./Z.	in diesem Sinn(e)/Zushg.
i.E.(a.)	im Ergebnis (auch); im Erscheinen
IE	Ius Europaeum (SR)

I.G. Farben	Interessengemeinschaft Farben(industrie AG [in Abwicklung])
IGH	Internat. GH (off.: Cour Internat. de Justice [CIJ]/Internat. Court of Justice [ICJ] – icj-cij.org/)
i.G.z.	im Gegensatz zu/m/r
i.H.a.	im Hinblick auf
IHG	InvestitionshilfeG
IKEMRK	Internat. Komm. zur EMRK (s. LitVerz.)
ILC	Internat. Law Commission/Commission du Droit Internat. (CDI, un.org/law/ilc/index.htm)
I.L.M.	Internat. Legal Materials (Z., USA)
ILRM	Irish Law Reports Monthly (Z., IRL)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (d. Stasi)
I.N.	Information Note (PM d. KomMR, ab 1.11.1998 d. neuen EuGH-MR)
INF	Internet-Fassung
inf.	infolge
inl.	inländisch
insof./sow.	insofern/weit
Inst.	Instalment; Instanz
int(ernat).	international
inzw.	inzwischen
i.O.	im Original
IP	Internat. Pol. (Z., vormals Europa-Archiv [EA])
IPbürgR	Internat. Pakt über bürgerl. u. pol. Rechte (s.a. ICCPR)
IPTS	Institute for Prospective Technological Studies (JRC)
IPwirtR	Internat. Pakt über wirtschl., soz. u. kulturelle Rechte
i.R.(d.; e.; v.)	im Rahmen (de-r/s; eine-r/s; von)
I.R.	Irish Reports (Z., IRL)
irHC	ir. High Court (bailii.org/ie/cases/IEHC/)
(The) Irish Times	ir. Tageszeitung (irish-times.com/)
IRL	(Rep.) Irland
irLRC	ir. Law Reform Commission
irSC	ir. Supreme Court (bailii.org/ie/cases/IESC/)
irV	ir. Verf.
i.R.v.V.R.MS	im Rat vereinigte Vertreter d. Regierungen d. MS
i.S.(d.; e.; v.)	im Sinne (de-r/s, eine-r/s, von)
ISDN	Integrated Services Digital Network (diensteintegrierendes digitales Telekommunikationsnetz)
It(.)	(Rep.) Italien
ITA	Austrian Academy of Science (öst. Akademie d. Wissenschaften – öst. TA-Einrichtung)
ITAS	Institut f. Technikfolgenabschätzung u. Systemanalyse
itCC	it. Corte Costituzionale (cortecostituzionale.it/ od. giurcost.org/)

ITLOS	Internat. Tribunal for the Law of the Sea (Internat. SeeGH – itlos.org; s.a. SRÜ)
IUE	Istituto Universitario Europeo (s. EUI)
i.Ü.	im Übrigen
i. V.(m.)	in Verbindung (mit)
IVR	Internat. Vereinigung f. Rechts- u. Sozialphilosophie/Internat. Association for Philosophy of Law and Social Philosophy/Association Internat. du Philosophie de Droit et de Philosophie Sociale (v. 1909)
i. V.z.	im Vergleich zu/m/r
IWB	Internat. Wirtschafts-Briefe (Z.)
IWiR/AWiR	Internat. WirtschaftsR/ AußenwirtschaftsR (Textslg. – s. LitVerz. unter v. <i>Bogdandy</i> u. a.)
i.w.Z.	im weiteren Zushg.
i.Z.m.(d.)	im Zushg. mit (dem/der)
J(.)	Judge/Justice (brit./ir. f. Richter)
(-)jähr.	jährig
JbItR	Jahrbuch f. it. Recht
JBl.	Jurist. Blätter (Z., AU)
JC	Joint Research Centre
jed.	jedoch
jedf.	jedenfalls
JEL	Journal of Environmental Law (Z., VK)
jew.	jeweilig; jeweils
Jl	s. JIZA
JIZA	Justizielle u. innere Zusammenarbeit (Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz u. Inneres gem. Titel VI EUV – in Rechtsakten: JI)
JK	Jura Kartei
JL	Jurist. Lernbücher
JMCP RSC	Jean Monnet Chair Papers of the Robert Schuman Centre (SR, It.)
J(.)O(.)	Journal Officiel (de la République Française – journal-officiel. gouv.fr/)
J/P	<i>Jarass/Pieroth</i> (GG-Komm. – s. LitVerz.)
Jud.Rev.	Judicial Review (IRL)
J/jug.	Jugoslawien/ jugoslawisch
jur.	juristisch
jur.Pers.	jur. Person
JUSletter	JUSletter. EG-Recht. Wöchentlicher Informationsdienst (Z.)
JWT	Journal of World Trade. Law, Economics, Public Policy (Z., VK)
K(.)	Kammer (d. BVerfG [3 Ri]/d. EuGH [3, 5 od. 7 Ri]/d. EuGHMR [7 Ri])
K/kan.	Kanada; kanadisch
KAS(-AI)	Konrad-Adenauer-Stiftung (-Auslandsinformationen – Z.)

KB	(Law Reports.) King's Bench Division (Z., VK)
KE	Kammer-Entscheidung
Kgr.	Königreich
KKK	KKW Krümmel
KKW	Kernkraftwerk
Kl.Anfr.	Kleine Anfrage
KMU	Kleine u. mittlere Unternehmen
KMV	Kultusminister-Vereinbarung
KNAW	Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen (Kgl. nl. Akademie d. Wiss.)
KO	Konkursordnung; (schwed.) Konsumentombudsman(nen) (Verbraucherschutzbeauftragter)
K/kol.	Kolumbien/kolumbian.
Kom.	(Eur.) Kommission (i. d. R. Kommission d. EG); Kommissar
KOM	Kommissions-Dok.
Komm.	(Zeitungs-) Kommentar; Kommentierung
KomMR	Eur. Kommission f. Menschenrechte (dhcommhr.coe.fr/; Auswahl an neueren Ber. unter: dhcommhr.coe.fr/eng/repstlist.htm)
KomRI kons.	(Eur.) Kom. gg. Rassismus u. Intoleranz (s. CERI/ECRI – ecri.coe.int) konsularisch
K/krit.(d.)	Kritik/kritisch(dazu)
kub.	kubanisch
KWO	KKW Obrigkeit
l./L	legge (itG); Leitsatz (bei Abdr.v. Entsch. in Z.)
LA	Leitartikel/leading article; Lord Advocate (schott. Kronanwalt)
LAP	Lebensabschnittspartner
LB	Leserbrief
LCJ	Lord Chief Justice
ledl.	lediglich
letztl.	letztlich
Leviathan	Leviathan. Z. f. Sozialwiss.
LIEI	Legal issues of European integration (Z., NL)
LiF	Liberales Forum (öst. Partei)
LitVerz.	Literaturverzeichnis
L(.)J(.)J.[.]	Lord Justice(s – Lordrichter)
LJ-C	Lord Justice-Clerk (schott. Lordrichter)
Losebl.	Loseblatt(slg.)
LPA	Les Petites Affiches (Z, F)
LReg.	Landesregierung
Ls.	Leitsatz/Leitsätze
L.S.J. (J.C.P.)	La Semaine Juridique (Jurisclasseur Périodique, Z., F)
Lux(.)	Großherzogtum Luxemburg

m.([abl./zust.] Anm.[v.])	mit ([ablehnender/zustimmender] Anmerkung [von])
MAFF	Ministry of Agriculture, Fisheries and Food (Ministerium f. Landwirtschaft, Fischerei u. Ernährung, VK)
MAI/MIA	Multilateral Agreement on Investment/(geplantes) Multilaterales Investitionsabk. (OECD – oecd.org/daf/cmism/mai/mainindex.htm#top)
Mass.	Massachusetts
Maßn.	Maßnahme
mat.	materiell
m. Ausn./Bespr. (-Aufs.) v.	mit Ausnahme/Besprechung(s-Aufsatz) von
m.([n.]w.)Bsp.	mit ([noch] weiteren) Beispiel/en
MD	Le Monde diplomatique (Z., F – monde-diplomatique.fr – i.d.dt.Übers. unter d. taz-Adr.)
m.d.(Begr.)	mit dem/den/der (Begründung)
m.d.(F.)	mit der (Feststellung)
m.d.(zutr.)H.(a/d.)	mit dem (zutreffenden) Hinweis (auf/darauf)
mdl.	mündlich
med.	medizin
MedProdG	MedizinprodukteG
Mehrheitsmein.	Mehrheitsmeinung
mehrhl.	mehrheitlich
M en R	Milieu en Recht (bzw. milieu & RECHT; Z., NL)
Merkur	Merkur. Dt. Z. f. eur. Denken
m.Fn.	mit Fußnote
m.FS	mit Fundstelle
mglw.	möglicherweise
MglW	Maßnahme gleicher Wirkung
Min.	Minister
mind.	mindestens
minderjähr.	minderjährig
mitget.	mitgeteilt
Mitt.	Mitteilung
Mitwirk.	Mitwirkung
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law (Z, NL)
MKMR	Ministerkomitee (EMRK)
MLR	Modern Law Review (Z., VK)
m.m.	mutatis mutandis
MMR	MultiMedia u. Recht. Z. f. Informations-, Telekommunikations- u. MedienR
m.N.	mit Nachweis
m.nt.	met noot (nl. – m.Anm.)
m.(w./z.)N.z.StrStd.	mit (weiteren/zahlreichen) Nachweisen zum Streitstand

mod.	modifizierend
mögl.	möglich
MP	Member of Parliament; Ministerpräsi.
MPI	Max-Planck-Institut
MPP (RdG)	Max-Planck-Projektgruppe (Recht d. Gemeinschaftsgüter)
MPU	Med.-psycholog. Untersuchung
MR/A/E/K	Master of the Rolls/MenschenR (a. in Wortzus.)/MenschenR-ausschuss (Human Rights Committee [nach Art. 28 ff. IP-bürgR u. 1. ZP IPbürgR]; Entsch. im Internet z.B. unter: umn.edu/humanrts/undocs/undocs.htm)/(frz.) Erkl.d. Menschen- u. Bürgerrechte v. 26.8.1789; MenschenRkammer (f. Bosnien u. Herzegowina, s. HRC)/MenschenRkonv. ([v.a.] öst.Abk. f. EMRK)/MenschenRkom.d. VN (s. UN-MRK)
MS/msl.	Mitgliedstaat/mitgliedstaatl.
m.sp.Änd.	mit späteren Änderungen
MStd.	Meinungsstand
MStr.	Meinungsstreit
M/V (M.V.; MV)	Motor Vessel (Motorschiff)
mvp	mecklenburg-vorpommer.
m.w.(red.[rvgl.])N.	mit weiteren (redaktionellen [rechtsvergleichenden]) Nachweisen
m.z.(w.)N./Bsp.	mit zahlreichen Nachweisen/Beispielen
MZUP	Menschenrechtszentrum d. Univ. Potsdam (SR)
N	Norwegen
n.	numero
n°	numéro
n.abgedr.	nicht abgedruckt
Nachdr.	Nachdruck
Nachfr.	Nachfrage
Nachw.	Nachwort; Nachweis
nat.	national; natürlich
nat.Pers.	natürliche Person
n.a.v.	nicht aml. veröff.
N.d.(ber.o./u.u.; sogl.)	Nachw./Näheres dazu (ber. oben/unten unter/sogleich)
N/ndsOVG/StGH/VBI.	niedersächs. Oberverwaltungsger./StaatsGH/Verwaltungsblätter. Z. f. öffentl. Recht u. öffentl. Verwaltung
N/ne	N/nichtehelich
NedJur	Nederlandse Jurisprudentie (Z., NL)
N ^{elle}	Nouvelle
n/Neubearb.	neubearbeitet; Neubearbeitung
Neudr.	Neudruck
neuseel.	neuseeländisch
n.F./N.F.	neue Fassung/Neue Folge
NFTG	Nds. G über die Feiertage (Nds. FeiertagsG)

NFU	National Farmer's Union (Berufsverband d. Inhaber landwirtschl. Betriebe in England u. Wales)
NG/FH	Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (Z.)
NIFF	Northern Ireland Fishermen's Org.
NIFPO	Northern Ireland Fish Producer's Org.
NJ	Neue Justiz. Z. f. Rechtsetzung u. Rechtsanwendung
NJCM-Bull.	Nederlands Juristen Comité voor de Mensenrechten-Bulletin. Nederlands Tijdschrift voor de Mensenrechten (Z., NL)
NJIL	Nordic Journal of Internat. Law. Acta Scandinavica juris gentium (Z., NL)
NL	(Kgr.d.) Niederlande
nIV	nl. Verf.
n.n.v.	noch nicht (in d. jew. amtl.Slg.) veröff. (s.a. nyr)
No(.)	number
norw.	norwegisch
NOTA	Nederlandse Organisatie voor Technology Assessment (nl. TA-Einrichtung)
NOZ	Neue Osnabrücker Zeitung
NRO	Nichtregierungsorg. (engl.: NGO)
nrwOVG	nordrhein-westfäl. Oberverwaltungsger.
NS	Nationalsozialismus
núm.	número
n.v.	nicht veröff.
NV	naamloze vennootschap (nl. AG)
NVwZ-Beil.	NVwZ-Beilage. Neueste Rechtsprechung zum AsylR (Beil. zur Neuen Zeitschrift f. VerwR)
nyr(.)	not yet reported (s.a. [n.]n.v.)
NYUJILP	New York University Journal of International Law and Politics (Z., USA)
n.Z.	neue Zählung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung (nzz.ch)
o.(Begr.)	ohne (Begründung); oben
obj.	objektiv
od.	oder
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development (Org. f. wirtschl. Zusammenarbeit u. Entwicklung – oecd.org)
öffentl.	öffentlich
ÖGS	öst. Gesellschaft f. Sexualforschung
ÖHdbVR	Öst. Hdb. d. VR (s. LitVerz. unter <i>Neuhold u. a.</i>)
ÖJT	Öst. Juristentag
ÖJZ	Öst. Juristenzeitung
örl.	öffentlichrechtl.
Öst.	Österreich (od. AU)

östVfGH	öst. VerfassungsGH (vfgg.gv.at/; neuere Erk. im Volltext unter: vfgg.gv.at/vfgg/volltext.html bzw. vfgg.gv.at/vfgg/pruefung.html; Erk. im Volltext seit 1980 unter: ris.bka.gv.at/plweb/info/help/searchvfg.html)
off.(Abk.)	offiziell(e Abkürzung)
offb.	offenbar
offsl.	offensichtlich
OG	Obergereiter
o.g.	oben genannt
o.G.	ohne Gewähr
(öst)OGH	(öst.) Oberster GH
o.J.	ohne Jahr(esangabe)
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies (Z., VK)
OK	Organisierte Kriminalität
OKD	Oberkreisdirektor
o.N.	ohne Namen
ONIC	Office Nationale Interprofessionnel des Céréales
OPECS	Office Parlementaire d'Évaluation des Choix Scientifiques et Technologiques (TA-Einrichtung d. frz. Parlaments [Assemblée Nationale u. Sénat])
Org.	Organisation/Organization
Orig.	Original
OSTC	Belgian Federal Office for Scientific, Technical and Cultural Affairs (belg. TA-Einrichtung)
OT V	„Operierender Thetan der Stufe V“ (Scientology-Slang)
OULR	Osaka University Law Review (Z., Japan)
O.V.C.	Objectifs à/de Valeur Constitutionnelle ([frz.] Verfassungswerte)
OVG	Oberverwaltungsger.
o.w.	ohne weiteres
Oz.	Ordnungsziffer
OzonG	Gesetz zur Änderung d. BImSchG v. 19.7.1995, BGBl. I 930
P	(Rep.) Portugal; Pourvoi (RM)
Panel-Rep.	Panel-Report/s (d. WTO; s.a. AB)
P/parl.	Parlament/parlamentar.
patron	„Großspender“ (Scientology-Slang)
PB	Phil. Bibliothek
p.c.	political correctness
PC	Press communiqué (PM d. Sekretärs d. KomMR od. d. Kanzlei d. IGH)
PCC	(brit.) Press Complaints Commission
PCP	Pentachlorphenol
P.F.R.L.R.	Principes Fondamentaux Reconnus par les Lois de la République
phil.	philosophisch
Phil.-Hist. Klasse	Philolog.-Hist. Klasse

PKH	Prozesskostenhilfe
PKK	„Kurdische Arbeiterpartei“ (bewaffnete separatist. Bewegung)
PL	(Rep.) Polen
plc	public limited-liability company (engl. AG)
Plen.	Plenum
p.m.	pro memoria
PM	Pressemitteilung
PMI(-DB)	The Philip Morris Institute (for Public Policy Research – Philip Morris Institut[-Disk.-Beitr. – Z., div.]
P/pol.	Politik(er); politisch
polnVerfG	polnisches Verfassungsger. (trybunal.gov.pl)
portSTJ/TC	portugies. Supremo Tribunal de Justiça (Oberster GH)/Tribunal Constitucional (Verfassungsger. – tribunalconstitucional.pt)
POST	Parliamentary Office of Science and Technology (TA-Einrichtung d. brit. Parlaments)
PR	Press releases (PM [d. Kanzlers d. EuGHMR])
Pr.	Préambule (frz. f. Präambel)
Präambel 1946/1958	Präambel d. Verf. d. frz. Rep. v. 1946/58
Präs.	Präsident
(DIE) PRESSE	Tageszeitung aus Wien (diepresse.at)
PrimR/prim(rl).	PrimärR/primär(rechtl.)
p/Priv./privl.	privat/Privater/privatrechtl.
P/probl.	Problem; Problematik/problematisch
ProdSG	ProduktsicherheitsG
P/proz.	Prozess/prozessual.
PrStHG	Preuß. G über die Haftung d. Staates u. anderer Verbände f. Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung öffentl. Gewalt (Preuß. StaatshaftungsG)
PSTIF	Parliamentary Science and Technology Information Foundation (Vorläufer v. POST)
PTB	Physikal.-Techn. Bundesanstalt
Publ.	Publikation/Publication; Published/Publisher
PV	Parl. Versammlung (d. ER)
QB(D)	Queen’s Bench (Division; s.a. DC)
QC	Queen’s Counsel (engl./ir. Kronanwalt)
R(.)	Recht (in Wortzus.); Référé (vorl. Rechtsschutz [in Az. beim EuGH]); Regina/Rex; Revision/Révision (Wiederaufnahmeverf. nach Art. 60 VerfO-EuGHMR [B])
Rahmenabk.	Rahmenabkommen
RAI	Radio Audizione Italiana

„RAPEX“	„Gemeinschaftssystem zum raschen Austausch von Informationen über Gefahren bei der Verwendung von Konsumgütern“ (nach Art. 8 d. RL 92/59/EWG d. Rates v. 29.6.1992 über die allgemeine Produktsicherheit, ABl. L 228 v. 11.8.1992, 24 – <i>Produktsicherheits-RL</i> , [z. B.] engl. Abk. f. „ <i>Rapid Exchange</i> “)
„Raxen“	Eur. Informationsnetz über Rassismus u. Fremdenfeindlichkeit ([z. B.] engl. Abk. f. „ <i>Rassism</i> “ u. „ <i>Xenophobia</i> “)
R.D.C.E.	Revista de Derecho Comunitario Europeo (Z., SP)
RdU	Recht d. Umwelt (Z., AU)
RdW	Öst. Recht d. Wirtschaft (Z.)
Rec.	Recommendation (of the Council of Europe – Empf. d. ER)
rechtl.	rechtlich (in Zusammensetzungen: -rl.)
red. (Anm./Not.)	redaktionell(e Anmerkung/Notiz)
ref.	referierend
Reha	Rehabilitation
„REITOX“	Eur. Informationsnetz f. Drogen u. Drogensucht ([z. B.] frz. Abk. f. „ <i>Réseau européen d’information sur les drogues et les toxicomanies</i> “)
rel.	relativierend
Rep.	Report; Republik
Res.	Resolution/en
Rés.	Résolution
resp.	respektive; respondent (Antrags- bzw. Klagegegner; Bekl.)
restr. (d.)	restriktiv (dazu)
RFDC	Revue française de droit constitutionnel (Z., F)
R.G.D.	Revista General de Derecho (Z., SP)
R.G.D.I.P.	Revue Générale de Droit Internat. Public (Z., F)
rgrds.	rechtsgrundsätzl.
RHDI	Revue Hellénique de Droit Internat. (Z., GR)
R.I.E.	Revista de Instituciones Europeas (Z., SP)
ris/RIS	(öst.) Rechtsinformationssystem
RivDE	Rivista di Diritto Europeo (Z., It.)
RJ	Rechtshist. Journal (Z.)
RJC	Recueil de jurisprudence constitutionnelle 1959–1993 (s. LitVerz. unter <i>Favoreu</i>)
RK	Regierungskonferenz (1996 [nach Art. N II EUV a. F.]
rl.; RL	rechtl. (in Zusammensetzungen); Richtlinie
R/M	Revision/Merits (Begründetheitsentsch. im Wiederaufnahmeverf. nach Art. 60 VerfO-EuGHMR [B] – frz.: R/F = révision/fond od. bien-fondé od. au fond])
RM	Rechtsmittel; Rhein. Merkur. Wochenzeitung f. Pol., Wirtschaft, Kultur, Christ u. Welt (merkur.de/)
RMC	Revue du Marché Commun ([seit 1991:] et de l’Union Européenne; Z., F)

RMG	<i>Rengeling/Middeke/Gellermann</i> (Rechtsschutz i.d. Eur. Union – s. LitVerz.)
rpOVG	rheinland-pfälz. Oberverwaltungsger. (a.: OVG Koblenz)
RSC	Robert Schuman Centre
RTD eur.	Revue trimestrielle de droit européen (Z., F)
RTDH	Revue Trimestrielle des Droits de l'Homme (Z., B)
RUC	Royal Ulster Constabulary
RUDH	Revue universelle des droits de l'homme (Z., div.)
RUM	Rumänien
russV/VerfG	russische Verf. (Verf. d. Russischen Föderation v. 12.12.1993, dt. in EuGRZ 1994, 519–533 [i.d.Übers.v. <i>Thomas Oertner</i>])/russ. Verfassungsger.
RvdW	Rechtspraak van de Week (Z., NL)
r/Rvgl.	rechtsvergleichend/Rechtsvergleich; ~ung
s/S	section (engl.Abk.f. Paragraf)/Section (Aussch. d. [neuen] EuGHMR – I-IV [3 Ri])/(Kgr.) Schweden
S/s.	Satz; Seite; Speeches (H.L.)/siehe
S(.)A(.)	Schlussantrag; Société Anonyme/sociedad anónima/Società anonima/sociedade anónima (frz., span., it. bzw. port. AG)
SaarbrZtg	Saarbrücker Zeitung (sz-newsline.de/)
SADC	Southern Africa Development Conference
sächsLPR/PolG/PRG	sächsische Landesanstalt f. priv. Rundfunk/PolizeiG/G über den privaten Rundfunk u. neue Medien in Sachsen (sächs. PrivatrundfunkG).
SAEG	Statist. Amt d. EG (s.a. EUROSTAT)
SARL	Société à responsabilité limitée (frz./lux. GmbH)
Satzung(-EG/EAG/EGKS)	Prot. über die Satzung d. GH d. E(W)G/EAG/EGKS
saV	sachsen-anhaltin. Verf.
SBS	Sick-Building-Syndrome
SC	Spetses Conferences (d. EGPL/GEDP)
S.C.	(ir.) Supreme Court (bailii.org/ie/cases/IESC/)
schließl.	schließlich
Schlussfolg.	Schlussfolgerung
schott(.)	schottisch
schriftl.	schriftlich
Schriftt.	Schrifttum
schwed.	schwedisch
s.d.(a.)	siehe dazu (auch)
s.d.N.	siehe die Nachweise
Sec.	Section (frz.Abk.f. Abschn.)
SekR/sek(rl).	SekundärR/sekundär(rechtl.)
sep.Mein.	separate Meinung
SER	Schriften zum Eur. Recht (SR)

Sess.	Session (Sitzung d. KomMR)
SEW	Sociaal-Econom. Wetgeving. Tijdschrift voor Europees en Econom. Recht (Z., NL)
sex.	sexuell
SF	Sinn Féin (ir. Partei; „legaler“ Arm d. IRA)
SH/sh	Schleswig-Holstein/schleswig-holstein.
s.i.d.Z.(a.)	siehe in diesem Zushg. (auch)
Sitz.	Sitzung
skept.	skeptisch
Slg.	(amtl. [Entsch.]) Sammlung
SLORC	State Law and Order Restoration Council (birman. Militär-junta)
Slow.Rep.	Slowak. Rep.
s.M.	stenograph. Mitschrift
SN	Salzburger Nachrichten (AU – salzburg.com/sn)
s.o.(u.)	siehe oben (unter)
sof.	sofern
sog.	sogenannt (neue Rechtschreibung: so genannt)
sogl.	sogleich
SoS/D/E/H/HD/TI	Secretary of State for Defence (Verteidigungsmin.)/for the Environment, Transports and Regions (Min.f. Umwelt, Verkehr u. Regionen)/for Health (Gesundheitsmin.)/for the Home Department (Innenmin.)/for Trade and Industry (Handels- u. Industriemin., jew. VK)
sow.	soweit
soz.	sozial
Sozialabk.	Sozialabkommen (Abk. zw. den MS d. EG mit Ausn.d. VK über die Sozialpol.)
Sozialprot.	Sozialprot. (Prot. Nr. 14 zum EUV)
Soz.Systeme	Soziale Systeme. Z. f. soziolog. Theorie
SP	(Kgr.) Spanien
S(.)p(.)A.	Società per azioni (it. AG)
spanTC/V	spanisches Tribunal Constitucional (Verfassungsger.)/Verf. (tribunalconstitucional.es)
spez.	speziell; spezifisch
SPS	Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures (Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher u. pflanzenschutzrechtl. Maßn.)
SPSR	Swiss Political Science Review/Schweiz. Z. f. Pol. Studien/Revue suisse de science politique
SpStr.	Spiegelstrich
SPUC	Society for the Protection of Unborn Children
SpuRt	Z. f. Sport u. Recht
SR	Schriftenreihe

S(s/.)r(.)l(.)	Società a responsabilità limitata (it. Gesellschaft mbH)
SRL	Sociedade de responsabilidade limitada (port. Gesellschaft mbH)
SRP	Sozialist. Reichspartei
SRU	Der Rat v. Sachverständigen f. Umweltfragen
SRÜ	Seerechtsübereinkommen d. VN (Convention on the law of the Sea; s.a. ITLOS)
SSK	Strahlenschutzkommission
SSW	Südschleswigischer Wählerverband
staatl.	staatlich
Stellungn.	Stellungnahme
stellv.	stellvertretend
StGG	(öst.) Staats-GrundG
StN	Stuttgarter Nachrichten (stuttgarter-nachrichten.de/)
STOA	Scientific and Technical Options Assessment (Bewertung d. wissl. u. technolog. Entsch. – TA-Einrichtung d. EP)
„STOP“	Sexual Trafficking of Persons (engl.f. „Menschenhandel“ – Programm d. Kom.)
Streit	Streit. Feminist. Rechtszeitschrift
StrStd.	Streitstand
StuW	Steuer u. Wirtschaft. Z. f. die ges. Steuerwiss.
St. Veterinärausschuss	Ständiger Veterinärausschuss (EG)
StZ	Stuttgarter Zeitung (stuttgarter-zeitung.de/)
s.u.(u.).	siehe unten (unter)
subj.	subjektiv
(The) Sunday Times	engl. Sonntagszeitung (sunday-times.co.uk/)
s.vor.Fn.	siehe vorherige Fußnote
SVN	Satzung d. Vereinten Nationen (a.: Charta)
SWR	Swiss Science Council (schweiz. Wissenschaftsrat – schweiz. TA-Einrichtung)
SZ	Süddeutsche Zeitung (sueddeutsche.de)
T	Tribunal (in Az. d. EuG); Türkei
TA	Techn. Anleitung; Technikfolgenabschätzung; (frz.) Tribunal administratif (VG)
TAB	Büro f. Technikfolgen-Abschätzung beim Dt. BT
taz	die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft e.G. (taz.de)
Tb	Taschenbuch
TB	Tätigkeitsbericht (d. EuGH u. EuG)
TC	(port./span.) Tribunal Constitucional (Verfassungsger. – tribunalconstitucional.pt bzw. ~.es)
techn.	technisch
teilw.	teilweise

TEMPUS	Trans-European Mobility Programme for University Studies (Europaweites Programm zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich [TEMPUS II, 1994–1998])
tend.	tendenziell
TF 1	Télévision française 1
TfA/TFA	Transitforum Austria Tirol
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter. Z. f. öffentl. Recht u. öffentl. Verwaltung
(The) Times	engl. Tageszeitung (thetimes-co.uk/)
tirBauO	tiroler Bauordnung
TJCE	Tribunal de Justicia de las Comunidades Europeas (span.f. EuGH)
TM	Transzendente Meditation
tp	„telepolis. magazin der netzkultur“ (Internet-Z. – heise.de/tp/deutsch od. heise.de/tp/deutsch/default.html)
TPG	G über die Spende, Entnahme u. Übertragung v. Organen (TransplantationsG v. 5.11.1997, BGBl. I 2631)
TPIY	Tribunal Pénal Internat. pour l'ex-Yougoslavie (s. ICTY)
Ts.	Taunus; Typoskript
tsch.	tschechoslowak.; tschechisch
TSE	Transmissible Spongiforme Enzephalopathie
TT	Tiroler Tageszeitung (tirol.com/)
türkVerfG	türkisches Verfassungsger. (Anayasa Mahkemesi)
T.U.L.P.S.	Testo Unico della Legge di Pubblica Sicurezza (it. Einheitliches Gesetzbuch über die Öffentl. Sicherheit)
tun.	tunesisch
Tura	Turn- u. Rasensportverein
TW	Technology-Watch
u./U(.)	und; unten; Urteil
UA	Unterabsatz; Untersuchungsaussch.
u.A.v.	unter Anschluss von
u.B.a.	unter Bezugnahme auf
überarb.	überarbeitet
ü/Überest.	übereinstimmend/Übereinstimmung
ü/Übers.	übersetzt/Übersetzung
UG	UniversitätsG; UnterbringungsG
u.H.a./d.	unter Hinweis auf/darauf
U-Haft	Untersuchungshaft
UHaftEntschG	G betreffend die Entschädigung f. unschuldig erlittene Untersuchungshaft (UntersuchungshaftentschädigungsG)
UK	United Kingdom (of Great Britain and Northern Ireland, s. VK)
UL	Universelles Leben e.V.
umf.(d.)	umfassend (dazu)
umstr.	umstritten

u.M.v.	unter Mitarbeit v.
UN(O)	United Nations (Org. [Vereinte Nationen] – un.org/; s.a. VN)
UN-Antidiskriminierungskonv. Frauen	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form d. Diskriminierung d. Frau (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women [CEDAW])
UN-Antifolterkonv.	Übereinkommen gegen Folter u. andere grausame, unmenschliche od. erniedrigende Behandlung od. Strafe (Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment; s.a. AFA)
UN-Antirassismuskonv.	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form v. Rassendiskriminierung (Convention on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination [CERD]; s.a. ARA)
UNCC	United Nations Compensation Commission
undeutl.	undeutlich
ung./UNG	ungarisch/Ungarn
Univ.	Universität
UN-Kinderkonv.	Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Convention on the Rights of the Child)
UN-MRK	Menschenrechtskommission d. VN
Untätigkeitskl.	Untätigkeitsklage
unterz.	unterzeichnet
unveränd.	unverändert
unveröff.	unveröffentlicht
unzul.	unzulässig
unzutr.	unzutreffend
u. ö.	u. öfter
URL	Uniform Resource Locator (Internet-Adr.)
U.S.S.C.	United States Supreme Court (Oberster GH d. USA – supremecourtus.gov/)
UTR (<i>Jb.</i>)	Umwelt- u. TechnikR. SR d. Instituts f. Umwelt- u. TechnikR d. Univ. Trier (Jahrbuch d. Umwelt- u. TechnikR)
u.Z.d./v.	unter Zitierung der/von; unter Zustimmung von
v. (vs.)	against/and/contre/versus (bei ausl. Ur.); vom; von
V	Verfassung; Vertrag (jew. in Zusammensetzungen)
V.	Views (d. MRA – Auffassungen, Stellungnahmen u. Empf.)
VA	Verwaltungsakt
VaELJ	Virginia Environmental Law Journal (Z., USA)
Vb.	Verfassungsbeschwerde
VBZEWiR	Vorträge u. Berichte d. Zentrums f. Eur. WirtschaftsR d. Rhein. Friedrich-Wilhelms-Univ. Bonn
v.d.	von dem/den/der
VE	Verfahrensentsch. (d. EuGHMR, m.d. der Reg. die Beschw. zur Kenntnis gebracht wird)

veränd.	verändert
verb.	verbesserte; verbundene (Beschw./Rs.)
Verf./verfrl.	Verfahren; Verfasser; Verfassung/verfassungsrechtl.
VerfO(-EuGH/EuG; EuGHMR [B])	Verfahrensordnung (d. EuGH/EuG; EuGHMR [f. Verf. gg. einen VS, f. den das 9. ZP EMRK gilt] – o. Zusatz: i.d. ab 4.11.1998 geltenden Fass.)
VerlängerungsG	G zur Verlängerung d. Kündigungsmöglichkeiten i.d. öffentl. Verwaltung nach dem EV v. 20. August 1992
Verlagsbeil.	Verlagsbeilage
vern.	verneinend
V/veröff(nachw).	Veröffentlichung(snachweise); veröffentlicht
versch.	verschieden
Vertr.	Vertrag; Vertretung
vertragl.	vertraglich
Vertragsverletzungsverf.	Vertragsverletzungsverfahren (<i>Art. 169 f. EGV [= 226 n.Z.]</i>)
VerwerfungsB	Verwerfungsbeschluss (§ 24 <i>BVerfGG</i>)
VerwR/verwrl.	VerwaltungsR/verwaltungsrechtl.
VfGH	VerfassungsGH
vgl.(a./d./i.d.Z.[a.])	vergleiche (auch/dazu/in diesem Zushg. [auch])
vglb.	vergleichbar
VK	Vereinigtes Königreich (v. Großbritannien u. Nordirland, s. UK)
vM/K	v. <i>Münch/Kunig</i> (GG-Komm. – s. LitVerz.)
VN	Vereinte Nationen (s.a. UN[O])
VO(en)	Verordnung(en)
Völkermord-Konv.	Konv. über die Verhütung u. Bestrafung d. Völkermordes (Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide)
vol.	volume (Bd./Teil)
vollst.	vollständig
Vor(b.)	Vorbemerkung
Vorabentsch (verf).	Vorabentscheidung(sverfahren; <i>Art. 177 EGV [= 234 n.Z.]</i>)
vor.Fn.	vorherige Fußnote
vorher.	vorherig
Vorinst.	Vorinstanz
vorl(.Fass).	vorläufige (Fassung); vorliegend/en/er
VorlageB	Vorlagebeschl.
Vors.	Vorsitz; Vorsitzender
Vorschl.	Vorschlag
Vorschr.	Vorschrift
Vortr(fass).	Vortrag(sfassung)
VRBEI – SRW	Vorträge, Reden u. Berichte aus dem Europa-Institut [<i>d. Univ.d. Saarlandes</i>] – Sektion Rechtswissenschaft
VR/vrl.	VölkerR/völkerrechtl.

VS	Vertragsstaat (d. EMRK etc.)
v.W.	voller Wortlaut
WA	Warschauer Abk. v. 1929
wal.	walisisch
wdgg.	wiedergegeben
WELT	Tageszeitung (welt.de)
wesh.	weshalb
wesl.	wesentlich
WEU	Westeur. Union
wg.	wegen
wirtschl.	wirtschaftlich
W/wiss(l).	W/wissenschaft/lich
WKD	Wiener Konsularrechtskonv. (Wiener Übereinkommen über kons. Beziehungen)
WLA	Wiss. Lenkungsaussch
w.N.	weitere Nachweise
wörtl.	wörtlich
WoZ	Die WochenZeitung (CH – woz.ch)
WPflÄndG	WehrpflichtändG
WSA	Wirtschafts- u. Sozialausschuss (EG)
WT/DS	WTO-Rs. (World Trade/Dispute Settlement; s. AB)
WTO	World Trade Organization (wto.org/)
WuM	Wohnungswirtschaft & Mietrecht (Z.)
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht d. Verträge (Wiener Vertragsrechtskonv.)
www	world wide web
WZ	Wiener Zeitung (wienerzeitung.at)
YaleJIL	Yale Journal of Internat. Law (Z., USA)
Yb	Yearbook of the European Convention of Human Rights/Annuaire de la Convention européenne des droits de l'homme
YILC	Yearbook of the ILC/Annuaire de la CDI
Z	Zypem
Z.	Zeile; Zeitschrift
ZAU	Z. f. angewandte Umweltforschung
ZBJV	Z. d. Bern. Juristenvereins/Revue de la société des juristes bernois (CH)
ZE (R)	(revidierte) Zulässigkeitsentscheidung (v. HRC, KomMR, MRA)
ZEI	Zentrum f. Eur. Integrationsforschung/Center for Eur. Integration Studies, Rhein. Friedrich-Wilhelms-Univ. Bonn
ZEI DP	ZEI Discussion Paper (SR)
ZEIT	Wochenzeitung. (www2.zeit.de)
zeitl.	zeitlich
ZERP	Zentrum f. eur. Rechtspol. a.d. Univ. Bremen

ZEUP	Z. f. Eur. PrivatR
ZEuS	Z. f. europarechtl. Studien
ZEV	Z. f. ErbR u. Vermögensnachfolge
ZfRV	Z. f. Rechtsvergleichung, Int. PrivatR u. EuropaR (AU)
ZfSR	Z. f. Schweiz. Recht
ZfV	Z. f. Verwaltung (AU)
Z/zit.(n.[d.])	Zitat; Zitierung/zitiert (nach [dem/n/r])
zivilproz.	zivilprozessual
zivrl.	zivilrechtl.
(m.)z.(w.)N.	(mit) zahlreiche/n (weitere/n) Nachweise/n
ZÖR	Z. f. öffentl. R (Austrian Journal of Public and Internat. Law)
ZP	Zusatzprot.
zugl.	zugleich
z/Zul.	zulässig/Zulässigkeit; zuletzt
zum.	zumindest
zun.	zunächst
zuf.(z.StrStd.)	zusammenfassend (zum Streitstand)
Zusfg.	Zusammenfassung
Zushg.	Zusammenhang
zus.m.	zusammen mit
z/Zust. (Mein.)	zuständig/Zuständigkeit; zustimmend (e Meinung)/zustimmt; Zustimmung
zutr.	zutreffend
zw(ztl).	zwischen(zeitl.)

„Denn es gibt ein Europa, das vielen, wahrscheinlich den meisten seiner Bürger am Herzen liegt. Es ist kein Europa des Geldes oder der Bürokratie.

[...]

Das Europa, von dem zu reden sich lohnt und das wert ist, neu geschaffen zu werden, ist sowieso etwas Größeres als eine ‚Kultur‘. Es ist eine Zivilisation.

[...]

Wenn die Europäische Menschenrechtskonvention es mit dänischem Feta-Käse oder irischem Rindfleisch aufnehmen muß, sollte niemand erwarten, daß die Meinungsfreiheit gewinnt“.

*Salman Rushdie*¹

Einleitung

A. Ziel, Rechtfertigung und Gang der Untersuchung

I. Ziel der Untersuchung

Diese Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, eine in der Bundesrepublik Deutschland *spätestens* seit der ersten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (*BVerfG*) zum Schwangerschaftsabbruch² anerkannte und seither in unzähligen Entscheidungen bestätigte sog. *Grundrechtsfunktion*³ im Kontext der europäischen Einigung zu untersuchen. Nachdem mittlerweile eine ganze Reihe von monographischen Bearbeitungen zum Grundrechtsschutz in der Europäischen Gemeinschaft (*EG*) bzw. Union (*EU*)⁴ im Allgemeinen⁵ sowie zu Einzelgrundrechten⁶ oder einzelnen grundrechtsrelevanten Fragestellungen⁷ im Besonderen vorliegen⁸ und auch die „Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten“⁹ im deutschen Recht eingehenden Unter-

¹ Europa ohne Gott. Acht Jahre unter Todesdrohung, F.A.Z. Nr. 35 v. 14.2.1997, 35 (dt.v. *Paul Ingendaay* – s.a. Fn. 106).

² BVerfGE 39, 1 ff. (insbes. 41) – § 218-I.

³ Zum Begr. s. *Jarass*, AöR 120 (1995), 347 ff., 353 ff., sowie unten, Erster Teil, B.II.2.z).

⁴ Unter Einschl.d. *EGKS* u.d. *EAG*. *Verkürzend* wird hier allg. v. „der *EU*“ gesprochen, es sei denn, es kommt auf abw. Einzelheiten an. Zur begriffll. Probl. s. nur *Hölscheidt/Baldus*, DVBl. 1996, 1411.

⁵ Vgl. nur *Chwolik-Lanfermann*; *Rengeling*, GRschutzz; *Feger*.

⁶ S. z.B. *Th. Groß*; *Gryzbek*; v.*Milczewski*; *Müller-Michaels*; *Günter*.

⁷ Vgl. nur *Robbers*, DatenschutzR; *Heldrich/Eidenmüller*; *Kevekordes*; *Ringel*; v.*Danwitz*, insbes. S. 61 ff.; *Jürgensen*, S. 30 f., 145 ff., 221 ff.

⁸ Aus der Aufsatzlit. vgl. nur *Kokott*, AöR 121 (1996), 599 ff. m.z.N.

⁹ Das *BVerfG* spricht v. „staatlichen“ od. „grundrechtlichen“ Schutzpflichten, o. dass daraus ein (rechtl. rel.) Unterschied folgt, s. z.B. BVerfGE 97, 125, 148 u. 149

suchungen unterzogen¹⁰ und in zahlreiche (Ausbildungszwecken dienende) Falllösungen einbezogen¹¹ worden ist, geht es hier um die Frage, ob diese jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland im Grunde allgemein akzeptierte Grundrechtsfunktion auch auf europäischer Ebene Geltung beanspruchen kann. Unabhängig von der Frage, ob die *EU* dabei an Grundrechte auch in ihrer Schutz(pflicht)funktion gebunden ist, soll darüber hinaus der Anwendungsbereich der *deutschen* Grundrechte in ihrer Schutzfunktion gegenüber der *EU* untersucht werden (Stichwort: diplomatischer Schutz der Bundesregierung gegen Rechtsakte der *EU*¹²). Schließlich erscheint es zumindest denkbar, dass deutsche grundrechtliche Schutzpflichten die Bundesrepublik verpflichten können, einen gemeinschaftsweiten Schutz anzustreben, wenn und soweit nur einer solcher hinreichend effektiv ist.

II. Rechtfertigung der Untersuchung

Dieses umfangreiche Prüfungsprogramm der Arbeit rechtfertigt sich – schon in praktischer Hinsicht und vor allem aus deutscher Sicht, ohne dass es sich dabei notwendigerweise um eine „*querelle allemande*“¹³ handeln muss – vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (*EuGH*) und des *BVerfG*: Während der *EuGH* in ständiger Rechtsprechung einen (*Anwendungs-*) *Vorrang* jeglichen Gemeinschaftsrechts selbst vor mitgliedstaatlichem Verfassungsrecht und also auch vor mitgliedstaatlichen Grundrechten vertritt,¹⁴ beharrt das *BVerfG* auch und gerade im grundrechtlichen Bereich und insbes. in jüngerer Zeit (wieder) auf *Integrationsgrenzen*^{15,16}. Damit stellt sich die drängende Frage, ob dies auch für

– *Gegendarstellung u. Richtigstellung auf Titelseite (Caroline v. Monaco u. Franiska van Almsick).*

¹⁰ Zul. *Unruh*. Vgl. vorerst nur *Dietlein*; *Robbers*, Sicherheit; *Hermes*; *Isensee*, Sicherheit.

¹¹ Vgl. nur v. *Münch*, JuS 1997, 248 ff.; *P. Szczekalla*, NdsVBl. 1997, 66 ff.; *Calliess/Kallmayer*, JuS 1999, 785 ff.

¹² Vgl.d. etwa *Bleckmann*, EWS 1995, 213 ff.; *Merten*, S. 21 f., sowie jüngst v. *Danwitz*, S. 86 ff., 102 These III.4.b), 5, u. *Tettinger*, S. 128 ff.

¹³ So aber die Beobachtung v. *Engel*, *RabelsZ* 60 (1996), 777, u. *DVBl.* 1999, 1076 Sp. 2. Gg. den Vorwurf einer bloßen „*querelle allemande*“ *Rengeling*, *GRSchutz*, S. 222.

¹⁴ S. nur *EuGHE* 1970, 1125, 1135 Rn. 3 (*Internationale Handelsgesellschaft*); 1986, 2897, 2912 Rn. 7 (*Keller*); 1989, 3165, 3191 Rn. 38 (*Dow Chemical Ibérica u. a./Kom.*) – *Kein Schutz von Geschäftsräumen-III*. Die Erstreckung auf *GR*e ist ber. i.d. grundlegenden *Entsch.* *EuGHE* 1964, 1251, 1269 f. (*Costa/ENEL*), angelegt. Aus der Lit. i.d.S. zul. *Zuleeg*, *NJW* 1997, 1202; *ders.*, *DÖV* 1997, 1023 f.; *Graf Vitzthum*, *JZ* 1998, 162 f. Wohl a. *Grimm*, in: *ders.* u. a., S. 14. Diff. *Schockweiler*, *EuR* 1996, 125 f., 127 f., 135 f.; *Ress*, in: *Haller* u. a., *Winkler-FS*, S. 929 f.; *Steinberg*, *ZRP* 1999, 367, 373 f.

die Schutzfunktion gilt,¹⁷ mit anderen Worten ob die Schutzpflichten jedenfalls teilweise zum integrationsfesten Kern der deutschen Grundrechte gehören¹⁸ und ob die EU an gemeinschaftsgrundrechtliche Schutzpflichten gebunden ist, die ihrerseits einen ausreichenden Grundrechtsschutz vermitteln, so dass der vom *BVerfG* (vor-) formulierte und in *Art. 23 I 1 GG n.F.* aufgeführte Vorbehalt nicht greift.¹⁹ Mit diesem Zuschnitt des Themas wird weitgehend „*Neuland*“ betreten, wenngleich sich durchaus einige wenige und knappe Hinweise auf die – theoretische – Möglichkeit gemeinschaftsgrundrechtlicher Schutzpflichten, wenn auch nicht immer in diesen Worten, in der Literatur finden lassen.²⁰ Regelmäßig beschränken sich die einschlägigen Untersuchungen nämlich – bewusst oder unbewusst – auf *Grund-*

¹⁵ Vgl. z.B. *BVerfGE* 73, 339, 375 f., 387 – *Solange-II*; 89, 155, 156 Ls. 7, 175 – *Maastricht* (angebl. eine „Abweichung“ v. *BVerfGE* 58, 1, 27 – *Eurocontrol-I*); *EuGRZ* 1989, 339, 340 – *TabaketikettierungsRL-I*; *NVwZ* 1993, 883 – *TabaksteuerRL* („*Feinschnittrollen*“). Aus der – dt. – Lit. s. *Zuck/Ch. Lenz*, *NJW* 1997, 1193 ff.; *Kugelmann*, S. 15 ff., 44 f., jew. m.z.N., sowie – d.S.n. (erneut) eine „*Solange-III*“-Entsch. fordernd – *Baur*, et 1997, 628; *Dausies*, *EuZW* 1997, 705. Zur (ähnl.) *frz.* u. *engl.* Sichtweise vgl. nur *Abraham*, in: *Mouton/Stein*, S. 53 ff. (56); *Hartley*, ebd., 57 ff. (60), m.w.N.; *Lord Inglewood*, in: *Bieber u.a.*, S. 148 f. Rn. 14 ff. *F. It.* vgl. noch *Di Nella*, in: *Diederichsen u.a. JbItR* Bd. 10 (1997), 135 ff., m.z.N. aus *Rspr.* u. *Lit.* S.a. die umf. Gem-, Landes- u. Generalber. v. (17.) F.I.D.E. Kongress 1996 in Berlin.

¹⁶ *Ausf.u.krit.* zum Ganzen zul. etwa der *Ber.d. Aussch.f. Recht u. Bürgerrechte d. EP* v. 24.10.1997 – A4-0278/97, PE 220.225/end – über die Beziehungen zw. dem VR, dem GemR u. dem VerfR d. MS (BE: der jetzige *GA* am *EuGH Alber*), S. 7 ff., m.z.N. (auszugsw.abgedr. in *EuZW* 1998, 165).

¹⁷ D.S.n. den Anwendungsvorrang in einem solchen Fall wohl best. *EuGHE* 1997, I-6869, 6883 Rn. 24 (Kom./It.) – *Nachtarbeitsverbot-IV*, betr. *Art. 37 I 2 iV*.

¹⁸ Dazu, dass es sich bei der Schutzpflicht ggü. dem ungeborenen menschl. Leben um einen „fundamentalen Bestandteil der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland“ handelt, *BVerfGE* 86, 390, 395 – § 218-II (*ew. Ao.*).

¹⁹ Vgl. die ähnl. Überlegungen f. das schweizer. Recht v. *Schubarth*, in: *Ehrenzeller u.a.*, *Hangartner-FS*, S. 1062 ff. (1064). *Keinen Konfliktfall* stellt dabei *Art. 12a GG* i.B.a. den (freiwill.) Wehrdienst v. Frauen i.d. Bundeswehr u. die *RL 76/207/EWG* d. Rates v. 9.2.1976 zur Verwirklichung d. Grds.d. Gleichbehandlung v. Männern u. Frauen hinsl.d. Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung u. zum berufl. Aufstieg sowie i.B.a. die Arbeitsbedingungen, *ABl. L* 39 v. 14.2.1976, 40 – *BeschäftigungszugangsRL*, dar – vgl.d. nur v. *Münch.*, *F.A.Z.* Nr. 167 v. 22.7.1999, 7; *Reich*, *F.A.Z.* Nr. 262 v. 10.11.1999, 14 ([unberechtigte] *Krit.* daran übt *Huechker*, *F.A.Z.* Nr. 276 v. 26.11.1999, 48, u.H.a. auf das angebl. „*Demokratiedefizit*“ d. *EU*); *Steiger*, *F.A.Z.* Nr. 257 v. 4.11.1999, 11 – a.A. *Scholz*, *F.A.Z.* Nr. 167 v. 22.7.1999, 7 Sp. 1 f.; *C. Arndt*, *F.A.Z.* Nr. 257 v. 4.11.1999, 11 (jew. zur *Rs. C-285/98 [Kreil/D]* – „*Frauen in die Bundeswehr*“); *BVerwG*, *DÖV* 1999, 914, 915 f. – *Weibl. Sanitätsoberfeldwebel u. Militärkraftfahrlehrerwunsch*. S.a. noch *Zuleeg*, *DÖV* 1997, 1017 ff.

²⁰ S. etwa *Rengeling*, *GRschutz*, S. 112 f., 206 f.; *Bleckmann*, in: *Baur u.a.*, *Börner-FS*, S. 33, 36 f.; *dens.*, *NVwZ* 1993, 827; *dens.*, in: *Beyerlin u.a.*, *Bernhardt-FS*, S. 321; *Gersdorf*, *AöR* 119 (1994), 400 ff., sowie *Nettesheim*, *EuZW*